



Sofía Jiménez Castellón und Esther Moreno López

DAS PROJEKT «SARAGOSSA ALS SORGENDE STADT»

Eine feministische Vision



SOFÍA JIMÉNEZ CASTILLÓN ist Historikerin, Soziologin und Gleichstellungsbeauftragte. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrungen als Wissenschaftlerin im Bereich der Externalisierung und Kommerzialisierung von Sorgearbeit und der öffentlichen Sorgepolitiken aus feministischer Perspektive.

ESTHER MORENO LÓPEZ hat einen Abschluss in spanischer Philologie und einen Master in Frauenforschung. Sie arbeitet als Bibliothekarin an der Universität von Saragossa. Seit ihrer Jugend engagiert sie sich in feministischen Bewegungen. Sie hat die Ausstellung «Wechselseitige Abhängigkeiten. Haushaltsarbeiterinnen und die Krise der Sorgearbeit» kuratiert und Projekte wie «Zaragoza Rebelde: movimientos sociales y antagonismos 1975–2000» koordiniert. Sie publiziert zu Fragen der kommunalen Sorgepolitiken.

IMPRESSUM

ONLINE-Studie 8/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Barbara Fried

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-3156 · Redaktionsschluss: Mai 2022

Übersetzt aus dem Spanischen von Katja Rameil und Sinah Krüger

Illustration Titelseite: Cooperativa de Diseño | Argentina (<https://cooperativadedisenio.com/>)

Redaktion: Barbara Fried und Vera Bartolomé

Lektorat: Camilla Elle

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes (AA). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Einleitung	4
1 Ziele, Entwicklung und beteiligte Akteur*innen	6
1.1 Maßnahmen mit Zaragoza en Común und der Zivilgesellschaft	6
1.2 Sorgearbeit innerhalb der Organisation (Zaragoza en Común)	7
1.3 Umsetzung auf institutioneller Ebene	8
1.4 Maßnahmen mit der Zivilgesellschaft	8
2 Vorbereitende Studien	9
2.1 Erste Studie: «Sorgearbeit: ein neues Paradigma für die Gestaltung der Kommunalpolitik in Saragossa»	9
2.1.1 Sorgearbeit in der öffentlichen Politik	10
2.1.2 Die Grenzen des Wohlfahrtsstaats bei der Bereitstellung von Sorgearbeit: Ist dieses Modell für uns nützlich?	17
2.1.3 Der Begriff Sorgearbeit als konzeptioneller Rahmen für den Aufbau einer kommunalen Care-Agenda und seine Grenzen	17
2.2 Zweite Studie: Bestandsaufnahme der kommunalen Care-Politik	19
2.2.1 Aufstellung der kommunalen Maßnahmen	20
2.2.2 Das Gemeinschaftliche, ein viel diskutiertes Konzept	20
2.2.3 Bewertung der kommunalen Maßnahmen	21
2.2.4 Empfehlungen	22
3 Schlussbetrachtungen	24
3.1 Limitierungen	24
3.2 Schlussfolgerungen	24
Literatur	26

EINLEITUNG

Das Projekt «Saragossa als Sorgende Stadt» (Zaragoza Ciudad de los Cuidados) war kein konkreter Aktionsplan wie er in Madrid oder Barcelona umgesetzt wurde,¹ sondern ein übergreifendes Projekt, in dem Analysen erstellt und Vorschläge erarbeitet wurden, aus denen in der folgenden Legislaturperiode ein Aktionsplan hervorgehen sollte. Da die Stadtverwaltung von Saragossa 2019 jedoch in die Hände einer rechten Regierung fiel, konnten diese Pläne leider nicht umgesetzt werden.

«Saragossa als Sorgende Stadt» hatte zum Ziel, die soziale Vision einer Stadt zu entwickeln, die sich in den Dienst der Menschen stellt. Als diskursives Dach sollte das Projekt die unterschiedlichen Maßnahmen verbinden, die von der Regierung von Zaragoza en Común mit dem Ziel angestoßen wurden, Sorgearbeit in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu stellen. Es umfasste verschiedene politische Ebenen und setzte diese miteinander in Beziehung: die institutionelle Politik, die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen.

Der vorliegende Bericht befasst sich mit der politischen und theoretischen Entwicklung des Projekts «Saragossa als Sorgende Stadt» und untersucht, welche Bedeutung ihm von unterschiedlichen Akteur*innen zugeschrieben wurde. Gleichzeitig verfolgen wir mit der vorliegenden Studie eine transformatorische Zielsetzung: Wir hoffen, dass der Bericht zur Reflexion, Diskussion und für die zukünftige Umsetzung einer kommunalen Care-Politik hilfreich sein kann, die die Lebensbedingungen der gesamten Stadtgesellschaft tatsächlich verbessert. Denn die häufig wiederholte Aussage, dass die Sorge für das Leben in den Mittelpunkt zu stellen ist, muss mit konkreten Inhalten gefüllt und mit konkreten Projekten verbunden werden. Wir brauchen eine Priorisierung öffentlicher, bzw. öffentlich-gemeinnütziger Maßnahmen und einen (an den jeweiligen Kontext anzupassenden) Fahrplan, damit diese umgesetzt werden können. Schließlich ist der Bericht auch ein Beitrag zur Debatte um die Schwierigkeiten, die mit der Übertragung des Begriffs *Sorgearbeit* in konkretere politische Forderungen einhergehen. Dabei stellt sich auch die Frage, welches transformative Potential der Begriff beinhaltet und ob eine engere Verwendung des Begriffs für die politische Umsetzung vorteilhaft wäre.

Wir haben für die Betrachtung des Prozesses eine dreifache Perspektive gewählt:

- eine feministische Perspektive, da der Feminismus ein antipatriarchales, antineoliberales, antikoloniales und ökologisches Projekt zur Transformation der Gesellschaft ist,
- eine intersektionale Perspektive, indem die verschiedenen Achsen der Unterdrückung berücksichtigt wurden, die die derzeitige gesellschaftliche Organisation von Sorgearbeit durchziehen, und
- eine Perspektive, die die eigene Verortung reflektiert, da wir als Autorinnen aktiv an diesem Projekt beteiligt waren und von bestimmten kulturellen und ideologischen Annahmen ausgehen, die im Laufe des Berichts explizit gemacht werden.

Das Kollektive

Für uns und alle an diesem Projekt Beteiligten war eine starke kollektive Komponente von zentraler Bedeutung. Die zu diskutierenden und umzusetzenden Ansätze und Maßnahmen sollten, um diesen Anspruch zu erfüllen, in demokratischen Prozessen von den beteiligten Personengruppen selbst ausgesucht und bearbeitet werden. Die Institutionen waren dafür verantwortlich, die Beziehung mit den Bürger*innen horizontal zu gestalten, Vorschläge einzuholen und ihre Umsetzung zu ermöglichen. Eine Partizipation an dem Projekt sollte mit tatsächlicher Entscheidungskompetenz und Handlungsmöglichkeiten einhergehen. Dieser Grundsatz entspricht den municipalistischen Ansätzen von Zaragoza en Común als Bürgerplattform, die das Recht der Menschen, eine Stadt nach ihren Bedürfnissen zu gestalten und zu bewohnen in den Vordergrund stellen. Die Stadtregierung gilt dabei als Instrument, um genau dieses Recht auf institutioneller Ebene zu verteidigen, und damit «gehorchend zu regieren»².

Die feministische Ökonomie

Analog zu dem Prozess, der in den Jahren 2018, 2019 und 2020 zum Feministischen Streik «8M»³ führte, lag diesem Vorschlag die Überzeugung zugrunde, dass der Feminismus kein sektorieller Kampf mehr ist, der lediglich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen eintritt. Vielmehr steht Feminismus hier für eine umfassende Transformation der Gesellschaft, die sich konzeptionell insbesondere aus der

1 Vgl. u.a. Esquerra, Sandra & Keller, Christel: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit. Erfahrungen mit feministischen Care-Politiken auf kommunaler Ebene in Barcelona, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2022.

2 Anm. d. Übers.: «Mandar obedeciendo» – Ein Grundsatz der EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung, Chiapas, Mexiko), der die Grundlage der demokratischen Ordnung dieser Bewegung charakterisiert.

3 Anm. d. Übers.: Seit 2018 jährlich am 8. März stattfindender feministischer Streik.

feministischen Ökonomie⁴ und dem Ökofeminismus speist. Dieser qualitative Sprung hat einen neuen feministischen Zyklus eröffnet, der die soziale Reproduktion und die Politisierung der reproduktiven Arbeit in den Mittelpunkt rückt. Denn die reproduktive Arbeit ist es, die das Leben und die Wirtschaft aufrechterhält und in erster Linie unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen erbracht wird. Dieser Feminismus bedeutet nichts weniger als ein ganzheitliches Plädoyer für das Leben, das politische Brüche hervorbringt, weil es mit Antikapitalismus, Umweltschutz, Antirassismus und der Kritik am Heteropatriarchat einhergeht.

Die Philosophie und die Praxis der feministischen Ökonomie oder der Care-Ökonomie fußen darauf, das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem produktiven Arbeitsmarkt und derjenigen gesellschaftlichen Arbeit sichtbar zu machen, die als reproduktive Arbeit marktextern stattfindet, auf der jedoch letztlich die Wirtschaft basiert. Der Schwerpunkt der ökonomischen Analyse und politischen Intervention verschiebt sich dementsprechend von den Finanzmärkten hin zum Wohlergehen der Bevölkerung und dem dadurch geschaffenen Reichtum.

Die feministische Ökonomie verweist auf die Notwendigkeit, die verborgenen, abgewerteten und dennoch unverzichtbaren Arbeiten, die zur Reproduktion des Lebens beitragen, sichtbar zu machen und die Verteilung von Sorgearbeit zu einer politischen Priorität zu erklären. Und sie lädt uns dazu ein, uns Alternativen zum Kapitalismus vorzustellen: nämlich eine Organisation von Arbeit, die sich an den Bedürfnissen des Lebens ausrichtet und nicht an den Anforderungen des lebensfeindlichen Akkumulationsprozesses der kapitalistischen Märkte.

In der feministischen Ökonomie geht es auch um Klassenpolitik, da es gerade prekarierte Frauen sind, die viele dieser unsichtbaren und unterbezahlten Tätigkeiten ausführen. Es geht ebenso um Rassismus, da es in vielen Fällen Menschen mit Migrationshintergrund oder rassifizierte Menschen sind, die sie verrichten; und es geht schließlich um Geschlecht bzw. um geschlechtliche Arbeitsteilung, da es zumeist wir Frauen sind, die einen großen Teil dieser historisch mit Weiblichkeit assoziierten Arbeiten kostenlos verrichten.

Limitierungen

Sowohl Zaragoza en Común als auch die Institutionen der Stadtverwaltung von Saragossa mussten sich zunächst mit der Sprache und den Konzepten der feministischen Ökonomie bzw. Care-Ökonomie

vertraut machen, um die zentrale gesellschaftliche Bedeutung der reproduktiven Arbeit zu verstehen. Das Konzept der Sorgenden Stadt wurde ausgehend von verschiedenen Dezernaten entwickelt und war in öffentlichen Erklärungen und der medialen Kommunikation des Rathauses durchaus präsent, was wir als äußerst positiv bewerten. Innerhalb von Zaragoza en Común kam jedoch immer wieder auch eine Bedeutungsverschiebung zum Tragen, die den tieferen Sinn des Konzepts verfälscht. Darin äußerte sich der Widerstand gegen eine Transformation, die die soziale Reproduktion als zentrale Achse von Wirtschaft und Politik versteht. Das Eingeständnis, dass aus der feministischen Ökonomie heraus ein anderes Stadtmodell artikuliert werden könnte, fiel offenbar schwer. Sorgearbeit wurde in diesem Zusammenhang in einem sehr reduzierten Sinne als ein Vorschlag für den konfliktfreien, verständnisvollen und fürsorglichen Umgang mit Kollegen verstanden und nicht als ein Konzept, das gerade auch traditionelle Dynamiken des politischen Handelns tiefgreifend verändern will und im Prozess sowohl externe als auch interne Handlungen in Frage stellt.

Gliederung dieses Berichts

Als erstes soll es darum gehen, wie dieses Projekt entstanden ist: Welche Ziele wurden gesetzt, wie haben wir uns organisiert, um es durchzuführen, wer waren die Beteiligten und welche Maßnahmen konnten wir umsetzen?

Als zweites fassen wir die beiden Studien zusammen, die den anschließenden Maßnahmen im Rahmen von «Saragossa als Sorgende Stadt» dienen sollten. Selbst wenn dieser Schritt in Saragossa vorerst blockiert ist, sind die Erkenntnisse dennoch von allgemeinem Nutzen.

Die *erste Studie* befasst sich mit der Entwicklung des theoretischen Rahmens zur Umgestaltung der Kommunalpolitik und stellt das wohlfahrtsstaatliche Modell zur Bereitstellung von Sorgearbeit in Frage. Außerdem haben wir die aktuelle Debatte über die konzeptionellen Grenzen der Sorgearbeit für den Aufbau einer kommunalen Care-Agenda hinzugefügt. Die *zweite Studie* wertet die Reichweite der verschiedenen umgesetzten Care-Politiken in den einzelnen kommunalen Bereichen aus und unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen.

Zuletzt gehen wir auf die Grenzen des Projekts ein und ziehen einige Schlussfolgerungen.

4 Vgl. zur Feministischen Ökonomie www.exploring-economics.org/de/orientieren/feministische-theorie/. Hier wird sie folgendermaßen definiert: Sie untersucht «den wechselseitigen Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Ökonomie. Sie fasst dabei auch den unbezahlten, nicht-marktvermittelten Teil der Wirtschaft und Gesellschaft ins Auge und beleuchtet, welche Triebkräfte hinter den heute verbreiteten Dichotomien wirtschaftlich-sozial, produktiv-reproduktiv, maskulin-feminin, bezahlt-unbezahlt oder öffentlich-privat stecken. Damit widmet [sie] sich auch der Analyse des Patriarchats und des Kapitalismus als miteinander verschränkten Herrschaftsformen. Dabei stellt sie Fragen nach der Verfügung über Eigentum, Einkommen, Macht, Wissen und den eigenen Körper.» [Ergänzung der Lektorin]

1 ZIELE, ENTWICKLUNG UND BETEILIGTE AKTEUR*INNEN

Nach einem Treffen mit der ökofeministischen Aktivistin Yayo Herrero, das im Rahmen einer vom Netzwerk REAS (Red de Redes de Economía Alternativa y Solidaria; dt. Netzwerk der Netze der alternativen und solidarischen Ökonomie) organisierten Tagungsreihe stattfand und sich um das Projekt «Madrid als Sorgende Stadt» drehte, beschlossen wir im Sommer 2017, auch in Saragossa ein solches Konzept anzustoßen. Dazu bildeten wir eine interdisziplinäre Gruppe, die sich aus Feministinnen, Vertreter*innen der Sozialökonomie und Fachleuten aus dem Bereich «Public Health» zusammensetzte.

Das Konzept für eine «Stadt der Sorge» (Ciudad de los Cuidados), eine «Sorgende Stadt» (Ciudad Cuidadora) oder eine «Stadt, die für ihre Bevölkerung Sorge trägt» (Ciudad que cuida a su gente), wurde auch von der Bürgermeister- und Vizebürgermeisterebene unterstützt. Unsere Arbeit musste nun damit beginnen, die Debatte über Sorgearbeit sowohl in unsere Organisation (Zaragoza en Común), als auch in die Institutionen der Stadtverwaltung, sowie in die zivilgesellschaftlichen Vereine und Kollektive, und schließlich auch zu den Bewohner*innen der Stadt zu tragen. Die *Ziele*, die wir mit einer solchen Debatte verbanden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es galt, die *soziale Vision* von einem anderen Stadtmodell zu entwickeln, das im Dienste der Stadtgesellschaft und nicht im Dienste von Großprojekten, multinationalen Unternehmen oder von Banken steht. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit eröffnet werden, das Modell «Sorgende Stadt» als Marke zu etablieren.
- Für die bestehenden und neu zu schaffenden kommunalen Maßnahmen zur Verbesserung von Sorgebedingungen sollte ein *diskursives Dach* geschaffen werden, in dessen Zentrum die Bedürfnisse der Bevölkerung und das nachhaltige gesellschaftliche Leben stehen sollten.
- Die Verbindung zwischen der Kommunalpolitik und den Bedürfnissen der Menschen sollte mithilfe eines *Narrativs* vermittelt werden.

Zusammenfassend galt es also, ein Narrativ zu entwickeln und einer Stadtverwaltung näher zu kommen, die tatsächlich Sorge für die Stadtgesellschaft trägt. Eine solche Stadtverwaltung muss die folgenden grundlegenden Eigenschaften einer Stadt anerkennen: Eine Stadt funktioniert nur deshalb, weil manche Menschen Sorgearbeit für andere erbringen. Wir alle sind *auf Sorgearbeit angewiesen* und von anderen Menschen sowie von unserer Umwelt abhängig. Daher ist es absolut notwendig, diese reproduktiven Arbeiten aufzuwerten, sie aus der weiblichen, unsichtbaren und unentgeltlichen Sphäre herauszuholen und sie gesellschaftlich neu zu verteilen – und

zwar auch unter Männern, Unternehmen und öffentlichen Institutionen. Eine Stadt ist ein von *gegenseitiger Abhängigkeit* geprägter Raum und kann als Ganze nur funktionieren, wenn auch ihre Stadtteile funktionieren. Die Lebenserwartung zwischen den wohlhabendsten Stadtteilen und jenen mit der stärksten sozialen Ausgrenzung kann um bis zu 10 Jahre auseinander liegen. Die Verringerung von Ungleichheit hat nicht nur Gerechtigkeit zum Ziel, sondern stellt auch den besten Weg dar, die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern. Eine gesunde Stadtgesellschaft ist jene, deren Recht auf Wohnraum, Einkommen und öffentliche Bildung geschützt ist.

1.1 MASSNAHMEN MIT ZARAGOZA EN COMÚN UND DER ZIVILGESELLSCHAFT

1) Bildung einer leitenden Arbeitsgruppe aus Feministinnen von Zaragoza en Común, von REAS und Fachleuten aus dem Bereich der gemeindeorientierten Medizin.

2) Organisation von *Tagungen*:

- Eine *Tagung* «Ciudad de los Cuidados» mit mehr als 70 Teilnehmer*innen. Dabei wurde an Konzepten zu den folgenden Themen gearbeitet:

A – Sorgearbeit

Es wurden drei zusammenhängende Themenblöcke herausgearbeitet, die sich erstens mit den *Sorgearbeiten* befassen, die im öffentlichen oder privaten Bereich unentlohnt ausgeübt werden. Ein zweiter Block befasste sich mit *Care-Dienstleistungen*, und damit mit öffentlichen und marktorientierten für das Wohlergehen aller Menschen notwendigen Arbeiten, die weit mehr als die Pflege von abhängigen oder kranken Menschen umfassen. Im dritten Block wurde die *politisch-feministische Vision* thematisiert und mit ihr die Notwendigkeit einer Entfeminisierung der Sorgearbeit, ihrer gesellschaftlichen Umverteilung, sowie eines sozialen Wandels, der sie als essenzielle und unverzichtbare Arbeit wertschätzt.

B – Interdependenz

Mit diesem Konzept stand die gegenseitige Abhängigkeit einer Gemeinschaft im Fokus. Abhängigkeit und Verletzlichkeit sind grundlegende Eigenschaften von sozialen Wesen. Wir brauchen die Gemeinschaft und sind in Wirklichkeit aufeinander sowie auf gegenseitige Hilfe angewiesen. Gegenseitige Abhängigkeit und Autonomie bedingen sich dabei. Dieses Verständnis von Interdependenz fußt auf der Erkenntnis, dass ohne Sorgearbeit kein Leben möglich ist und wir sie in gemeinsamer Verantwortung so verteilen müs-

sen, dass ein besserer gesellschaftlicher Zusammenhalt erreicht wird.

C – Stadt des guten Lebens⁵

Dieser Block zeichnete sich durch fünf Achsen aus:

1. Demokratie; Institutionen, die für die Stadtgesellschaft und ihr Engagement offen sind
2. Gemeinschaftliche und solidarische Praktiken
3. Angemessene öffentliche Dienstleistungen (Transport, Bildung, Gesundheit)
4. Materielle Bedingungen (Wohnraum, Fußgängerzongestaltung)
5. Immaterielle Bedingungen (Solidarwirtschaft, verantwortungsbewusster Konsum, weniger Arbeitsstunden und mehr Zeit für Sorgearbeit und zwischenmenschliche Beziehungen)

Vorschläge wurden zudem nach Stadtteilen sortiert gesammelt.

3) Eine weitere Tagung zu Mobilität und Sorgearbeit

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe zur Mobilität (Grupo de Movilidad) von Zaragoza en Común widmete sich diese Tagung den von Zaragoza en Común vorgeschlagenen Konzepten für eine nachhaltige städtische Mobilität (Plan de Movilidad Urbana Sostenible). Der während der Legislaturperiode noch genehmigte Plan wurde unter dem Blickwinkel einer

für die Bevölkerung sorgenden Stadt diskutiert. Dabei stellte die Arbeitsgruppe den Anwesenden ihre Vorschläge zur Ausweitung von Fußgängerzonen, zur Unterstützung der Fahrradnutzung in der Stadt und zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs (Hybrid-Busse und Straßenbahnen) vor.

4) Außerdem gab es ein Treffen mit der *Arbeitsgruppe für Stadtplanung (Grupo de trabajo de Urbanismo)* von Zaragoza en Común, um das Konzept der Sorgearbeit in die Nachbarschaftspläne (Planes de Barrio) einzubringen. Leider ließ sich keine gemeinsame Tagung organisieren.

1.2 SORGEARBEIT INNERHALB DER ORGANISATION (ZARAGOZA EN COMÚN)

Eine im Oktober 2018 von der *Feminismus-Gruppe (Grupo de Feminismos)* von Zaragoza en Común organisierte Konferenz befasste sich mit Fragen der *Sorgearbeit, Reproduktion und Demokratisierung der Organisation*, um auf den entscheidenden Moment der bevorstehenden Wahlen 2019 vorbereitet zu sein. Dabei wurden die folgenden Schlussfolgerungen herausgearbeitet:

PLAN ZUR ENTPATRIARCHALISIERUNG FÜR EIN FEMINISTISCHES UND FÜRSORGLICHES ZARAGOZA EN COMÚN

5. Oktober 2018

VERÄNDERUNG DES MACHTMODELLS

- Begrenzung von Positionen und Aufteilung von Verantwortlichkeiten
- Schaffung von Positionen, die von mehreren Personen ausgeübt werden, und von kollektiven Teamarbeitsstrukturen
- Schaffung einer feministischen Unterstützungsgruppe für die Vorwahlen, die Kampagne usw., die sich mit der Demokratisierung und der Verteilung der Macht befasst, sowie Unterstützungssteams für die künftigen Stadträtinnen und Mandatsträgerinnen der Organisation
- Förderung einer größeren Horizontalität und Schaffung von Räumen zur Reflexion der Verteilung von Macht in der Organisation
- Schaffung von Räumen für die feministische Reflexion; Aufbau von Frauennetzwerken
- Nachdenken über Mechanismen bzw. Formen der *Überprüfung* feministischer Macht: Macht entsteht in Beziehungen und erfordert ein Außen, das sie validiert
- Anerkennung der Fähigkeit von Frauen, Entscheidungen zu treffen und Einfluss auf die Politik zu nehmen, auf Frauen in Führungspositionen setzen und junge Frauen ansprechen
- Sichtbarmachung von feministischen Frauen und Männern als Bezugspersonen

⁵ Anm. d. Übers.: Das *Gute Leben* (Buen Vivir) bezieht sich auf ein Konzept der indigenen Völker des Andenraums, das das umfassende Wohlergehen der Mitglieder einer Gesellschaft sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Ebene zum Ziel hat.

WEITERBILDUNGEN

- Schulung der Organisation in alternativen Verfahren zur Konfliktlösung
- Angebot einer feministischen Weiterbildung, die für Personen in verantwortungsvollen Positionen oder Ämtern in Zaragoza en Común obligatorisch ist

HILFESTELLUNGEN

- Integration einer feministischen Moderation in Versammlungen, die das Emotionale einschließt; Förderung der Arbeit in Kleingruppen
- schnelle und effiziente Reaktionen auf aggressives, autoritäres und/oder sexistisches Verhalten
- Beachtung der gemeinsamen Vision/Mission und Anerkennung der Anstrengung, diese zu erreichen
- Aufbau einer Organisation, die Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellt, und Mitverantwortung aller daran Beteiligten – auch der Männer – bei der Sensibilisierung für eine Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- Schaffung einer sicheren Fürsorge-Anlaufstelle für emotionale Begleitung
- Anerkennung von Konflikten als Motor für Veränderung und Vorankommen, Unterstützung ihrer Bewältigung

ZEIT

- klare Agenda und geeignete Zeitpläne; Pünktlichkeit in Bezug auf Beginn und Ende von Versammlungen
- rechtzeitiger Zugang zu Informationen
- Bewertung von aufgewendeter Zeit mehr nach Qualität als nach Quantität
- Förderung von alternativen Instrumenten zur Teilnahme: Nutzung des Intranets als Raum zur Weiterbildung und Debatte, digitale Entscheidungsverfahren

Es werden verbindliche Regeln in unsere Verordnungen, den Ethikkodex usw. aufgenommen, die diese erarbeiteten Maßnahmen einbeziehen.



1.3 UMSETZUNG AUF INSTITUTIONELLER EBENE

Auf kommunaler Ebene arbeiteten wir mit Teresa Yago, der Leiterin des Dezernats für Gemeinschaftliche Soziale Dienste (Servicios Sociales Comunitarios) als Ansprechpartnerin für das Vizebürgermeisteramt zusammen. Neben den zwei Studien zu kommunalen Care-Politiken wurde in den einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung an den folgenden Themen gearbeitet:

– **innerhalb der kommunalen Struktur:**

A) Einbindung der fachpolitischen Verantwortlichen der Verwaltungsbereiche in das Projekt

B) Einführung des Konzepts der Sorgenden Stadt als bereichsübergreifende Aufgabe in verschiedenen Vorhaben, Projekten und Gremien

C) Schulungen für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Im Juni 2018 richtete sich der für acht Stunden ausgelegte Kurs «Wie Sorgearbeit in der Stadt unterstützt werden kann. Von der öffentlichen Politik zu Care-Gemeinschaften» an alle städtischen Mitarbeiter*innen. Er war in die folgenden Module untergliedert:

1. Amaia Pérez Orozco: Was bedeutet es, das Prinzip des nachhaltigen Lebens in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik zu stellen?

2. Yayo Herrero: Zielsetzungen für kommunale Care-Politiken.

3. Dolores Comas: Die Einbindung von Männern in die Sorgearbeit. Was kann die Kommunalpolitik tun?

4. Esther Moreno: Gruppenarbeit auf Grundlage der Schlussfolgerungen des Kurses: Überlegungen zu konkreten Maßnahmen in Saragossa.

D) Kommunale Konferenz über Sorgende Städte (Fand nicht statt.)

1.4 MASSNAHMEN MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT

Für den Austausch mit der Stadtgesellschaft waren Diskussionsgruppen über Sorgearbeit/Interdependenz/die Stadt des guten Lebens in einem spielerischen und straßenbezogenen Format, mit Straßentheater usw., in verschiedenen Stadtteilen geplant. (Fand nicht statt.)

2 VORBEREITENDE STUDIEN

Die Stadtverwaltung hatte bereits 2016 über ihr Gleichstellungsdezernat eine Studie zur gesellschaftlichen Organisation von Sorgearbeit in Saragossa in Auftrag gegeben. Diese sollte einerseits zeigen, wer auf welche Weise die Sorgearbeit in der Stadt leistete, und andererseits Vorschläge für die erforderlichen Verfahren zur gesellschaftlichen Umverteilung der Sorgearbeit und für die angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse der Einwohner*innen zusammentragen. Die vorhandenen öffentlichen und privaten Care-Dienstleistungen wurden dafür ermittelt und kartiert. Im Ergebnis der Studie wurden folgende zu fördernde Maßnahmen benannt, um das Modell einer *kooperativen Stadt* zu implementieren:

- gemeinsame Verantwortung im privaten Bereich, Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und entsprechende Vereinbarungen zwischen Familienmitgliedern,
- Versorgung für Care-Tätige, mit einer feministischen Perspektive,
- öffentliche Räume für kollektive/gemeinschaftliche Beziehungen,
- in den Unternehmen: Arbeitszeiten, die mit den Zeiten der Care-Ressourcen vereinbar sind; Pläne zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Veränderungen in der Unternehmenskultur, die auf das Wohlbefinden der Arbeitnehmer*innen ausgerichtet sind (um eine höhere Produktivität zu erreichen).
- durch die öffentliche Hand:
 - hochwertige Ressourcen,
 - Sichtbarmachung der notwendigen gemeinsamen Verantwortung von Männern und Frauen,
 - Anwendung und Aktualisierung des Abhängigkeitsgesetzes (Ley de Dependencia),
 - gleicher und nicht übertragbarer Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub,
 - Sozialklauseln in kommunalen Verträgen; bei der Auftragsvergabe vorrangige Berücksichtigung von Unternehmen mit Gleichstellungsplänen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie usw.,
 - mehr Personal für die sozialen Dienste,
 - ein Grundeinkommen,
 - individuell zugeschnittene Sorgearbeit: Ausbau der häuslichen Hilfsdienste,
 - wirtschaftliche Erfassung von Sorgearbeit,
 - Präsenz des Feminismus in der Kommunalpolitik,
 - Verwendung einer inklusiven Sprache.

Mit dem Projekt «Saragossa als Sorgende Stadt» sollte Sorgearbeit in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik gestellt werden – ein vielversprechender Vorstoß, für den es allerdings keinerlei festgelegten Fahrplan gab. Die größte Herausforderung bestand darin, das Verständnis von Sorgearbeit aus der feministischen Ökonomie in kommunalen Maßnahmen

umzusetzen, ohne dabei sein kämpferisches Potenzial zu untergraben. Aus diesem Grund gab die Stadtverwaltung zwei Studien in Auftrag. Die erste Studie sollte theoretisch betrachten, wie Sorgearbeit als zentrale Säule und Grundlage der Umgestaltung kommunaler Politik dienen konnte. Die zweite Studie dokumentierte und untersuchte die in Verbindung mit dem Konzept bereits initiierten Maßnahmen in den einzelnen kommunalen Bereichen. Die Studien wurden 2018 von Sofía Jiménez und Félix Rivas für das Dezernat für Gemeinschaftliche Soziale Dienste der Stadtverwaltung von Saragossa durchgeführt.

2.1 ERSTE STUDIE: «SORGEARBEIT: EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE GESTALTUNG DER KOMMUNALPOLITIK IN SARAGOSSA»

Für eine effektive Analyse der Kommunalpolitik unter dem Gesichtspunkt der Sorgearbeit sollten die dafür theoretisch erforderlichen Kriterien bestimmt werden, um gleichsam als Rahmen für die Ausrichtung auf das neue Paradigma zu dienen.

Dabei wurde die *öffentliche Politik* als die konkretste Verkörperung der institutionellen Politik verstanden. Sie umfasst all das, was Regierungen (auf staatlicher, regionaler oder lokaler Ebene) tun oder aufhören zu tun, um kollektive Probleme zu lösen. Nicht alle kollektiven Probleme werden jedoch als öffentliche Probleme eingestuft. Sorgearbeit (im weiteren Sinne) zieht in der Regel nicht die Aufmerksamkeit der institutionellen Politik auf sich. Wenn sie jedoch Berücksichtigung findet, wird die Ungerechtigkeit ihrer gesellschaftlichen Organisation nicht hinterfragt oder sogar noch verstärkt (Abhängigkeitsgesetz).

Für «Saragossa als Sorgende Stadt» war es deshalb entscheidend, die Sorge für das gemeinschaftliche Leben als höchste politische Priorität zu benennen und darauf hinzuwirken, dass sie im täglichen Narrativ der kommunalen Aufgaben verankert wird, ohne ihre transformative Kraft zu verlieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, war es jedoch erforderlich, auch Teil des Netzes von Akteur*innen zu sein, die in der Lage sind, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Ausgangslage dafür war günstig, da die Stadtregierung in der Hand von Zaragoza en Común lag – wenn auch in Form einer Minderheitsregierung. Das zweite Konzept, das es zu berücksichtigen gilt, ist das der *Sorgearbeit*: ein Begriff, der sich auf die täglichen Prozesse der Wiederherstellung des Lebens in seiner affektiven und materiellen Dimension bezieht, also auf den täglichen Prozess der Wiederherstellung des physischen und materiellen Wohlbefin-

dens der Menschen. Dieses Konzept birgt jedoch bezogen auf die öffentliche Politik auch Grenzen, die nicht leicht zu überwinden sind. Beispielsweise ist es so weit gefasst, dass es sich nur schwer in konkrete politische Forderungen übertragen lässt, ohne dass entweder seine Konfliktdimension verloren geht oder eine solche Politik als nur für einen begrenzten Bereich bestimmt erscheint.

Trotz dieser Grenzen oder Schwächen des Konzepts konnte die Studie erste Vorstellungen davon geben, was es bedeutet, Sorgearbeit in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik zu stellen. Diese lauten wie folgt:

1. Erstens geht damit eine Veränderung des Politikverständnisses oder ein Paradigmenwechsel einher, der das Wohlergehen von Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

2. Zweitens muss der Schwerpunkt der öffentlichen Politik darauf liegen, wer Sorgearbeit leistet, wer sie erhält und unter welchen Bedingungen sie geleistet wird, um die derzeit ungerechte Verteilung von Zeit und Aufgaben zu verändern (gesellschaftliche Organisation der Sorgearbeit).

3. Drittens müssen wir kollektiv Lösungen dafür finden, wie öffentliche Maßnahmen der Verletzlichkeit des Lebens gerecht werden können und wie eine effiziente Bereitstellung von sozialen Diensten zu gewährleisten ist.

4. Viertens geht es um die Anerkennung und Wertschätzung des Beitrags zum Gemeinwohl, den Sorgearbeit leistet. Eine konsequente Anerkennung dieses Beitrags wäre beispielsweise möglich, wenn Sorgearbeit als *Recht* aufgefasst und damit ihren Status als prekäre und undankbare Aufgabe verlieren würde. Sorgearbeit muss zudem aus dem privaten in den öffentlichen Bereich verlagert werden. Die öffentliche Politik muss eine Mitverantwortung für ihre kollektive Verwaltung tragen und sowohl Ressourcen als auch Infrastrukturen bereitstellen, damit sie zu einem allgemeinen Recht werden kann.

2.1.1 Sorgearbeit in der öffentlichen Politik

A) Sorgearbeit als Frage der öffentlichen Politik

Verschiedene feministische Strömungen und die feministische Ökonomie machen deutlich, dass eine gesellschaftliche Organisation entwickelt werden muss, die angesichts der gegenwärtigen Krise der ökosozialen Reproduktion, anstelle von wirtschaftlichen Profiten das Wohlergehen aller Menschen und Ökosysteme in den Mittelpunkt stellt. Bei dieser wichtigen Aufgabe kommt den öffentlichen Einrichtungen eine grundlegende Rolle für die Regulierung und Aufwertung der Sorgearbeit zu. Für eine neue Beziehung zwischen Markt, öffentlichen Einrichtungen, Privathaushalten und der Gemeinschaft ist das Prinzip der Mitverantwortung von zentraler Bedeutung. Ausgehend von der Logik der *generalisierten Reziprozität* (Comars-d'Argemir 2017) liegt Sorgearbeit in ihrer

gemeinsamen Verantwortung. Solange diese generalisierte Reziprozität nicht erreicht ist, muss Sorgearbeit in den Privathaushalten weiter auf individueller Basis organisiert werden und ihre öffentliche Bereitstellung stellt lediglich eine Ergänzung für bestimmte Haushalte dar. Care-Dienstleistungen bleiben damit den Hilfsbedürftigsten vorbehalten (Abhängigkeitsgesetz, Eingliederungseinkommen von Aragón [Ingreso Aragonés de Inserción], Häusliche Pflegeleistungen [Servicio de Ayuda a Domicilio]), anstatt sie als ein weiteres Recht aufzufassen.

Innerhalb des Feminismus gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten dazu, wie der aus dem Mangel an gegenseitiger Verantwortung hervorgehende Care-Notstand gelöst werden kann: Es gibt Stimmen, die die Lösung in einer entwicklungsfähigen Care-Politik suchen und diejenigen, die Sorgearbeit als Hebel verstehen, um das gesamtgesellschaftliche Modell zu hinterfragen und neue Formen des Zusammenlebens auf Grundlage des guten Lebens zu konzipieren.

– Als reformorientiert lassen sich Positionen verstehen, die politische Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Organisation von Sorgearbeit fordern und öffentlichen Einrichtungen bei einer Vergesellschaftung derselben eine führende Rolle zuschreiben. Sorgearbeit soll hier durch das Wirken politischer Maßnahmen umverteilt und wertgeschätzt werden.

– Transformative Positionen verstehen Sorgearbeit dagegen im Zusammenwirken mit Umweltschutz und Wachstumsrücknahme (Degrowth) als einen Hebel zur Veränderung von Welt. Sie gehen davon aus, dass gerade die bisherige Beschränkung auf die Rolle öffentlicher Einrichtungen in dieser Frage neue, fantasievollere und innovativere Formen gesellschaftlicher Organisation verhindert hat, und hinterfragen die Rolle anderer Akteure wie z. B. der Männer oder der Gemeinschaft.

Diese beiden Visionen sind jedoch nicht unvereinbar – im Gegenteil: Sie müssen zur Bewältigung des Care-Notstands miteinander kombiniert werden. Aber wie kann das aussehen? Einerseits muss die kommunale Verantwortung für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger öffentlicher Care-Dienstleistungen gestärkt und ausgeweitet werden, um damit Logiken wie die gegenseitige Verantwortung und soziale Gerechtigkeit im Sozialwesen zu verankern. Damit würde Markt bei der Versorgung nur mehr ein ergänzendes Element darstellen. Andererseits sollte eine kommunale Verwaltung gestärkt werden, die gemeinschaftliche Organisationsformen aktiviert und erleichtert, anstelle sie auszubremsen oder einzuschränken. Denn selbst wenn die kommunale Verwaltung von Sorgearbeit gestärkt wird, reicht das allein nicht aus: Vielmehr müssen Verfahren und Instrumente für die gemeinschaftliche Selbstverwaltung von Sorgearbeit erdacht und umgesetzt werden.

Um die Sorge für das Leben in den Mittelpunkt zu stellen und ihre transformative Kraft nutzen, ist zur Bewältigung der aktuellen Probleme die Koexistenz von reformorientierten und transformatorischen Politiken, die mit dem neoliberalen System brechen, notwendig. Denn diese legen die Saat für einen künftigen Strukturwandel. Das bedeutet konkret, verfügbare wohlfahrtsstaatliche Strukturen mit derzeit marginalisierten Elementen, wie beispielsweise dem Gemeinschaftsgefüge, zu verbinden und damit sowohl den Wohlfahrtsstaat neu zu erfinden als auch eine Logik des Gemeinschaftlichen aufzubauen. Zweifellos kann diese Kombination von Maßnahmen ein nachhaltiges Reproduktionsmodell hervorbringen, in dessen Mittelpunkt die Sorge für das gemeinsame Leben steht. Wenn wir die Sorge für das Leben ins Zentrum öffentlicher Politik stellen wollen, reicht eine reformistische Politik allein also nicht aus. Für die notwendige strukturelle Anpassung muss Sorgearbeit laut Amaia Pérez Orozco (2021a) wie folgt agieren:

- als *Leuchtturmpolitik*, die der Orientierung dient, das System von unten betrachtet und all das zum Vorschein bringt, was aus Sicht der Märkte verborgen bleibt,
- als *politischer Hebel*, denn indem wir die Basis ändern, verändern wir das Ganze,
- in Form spezifischer Strategien für ein universelles Recht auf menschenwürdige Sorgearbeit – insbesondere in vulnerablen Lebenssituationen. Damit einher gehen angemessene Arbeitsbedingungen und das Ausklammern von Profitinteressen im Care-Sektor sowie die Gewährleistung des Übergangs zu einem Ansatz generalisierter Reziprozität. Ein erweitertes öffentliches Care-System sollte innovative Lösungen für den Bereich des aktiven Alterns (z. B. gemeinschaftliches Wohnen), das Bildungs- und Kinderbetreuungssystem, das umfassende System für uneingeschränkte umfassende Care-Leistungen sowie die Professionalisierung der unentgeltlichen Sorgearbeit beinhalten.

B) Auf dem Weg zu einer transformativen Care-Agenda

Eine transformative Care-Agenda verändert laut Nancy Fraser (1995) die mit der Bereitstellung von Sorgearbeit verbundenen Ungleichheiten «durch eine Umstrukturierung des zugrundeliegenden, sie erzeugenden Rahmens» (27). Demgegenüber stehen affirmative Strategien, «die darauf abzielen, ungerechte Ergebnisse bestimmter sozialer Regelungen zu korrigieren, ohne die zugrundeliegenden Bedingungen zu ändern». Das Angebot von Sorgearbeit (und die Definition der davon begünstigten Personen) muss im Sinne eines transformativen Ansatzes mittels ihrer Anerkennung (Aufwertung), Bereitstellung, Regulierung und Umverteilung durch die öffentliche Politik radikal verändert werden, ohne die Verbesserung der

Arbeitsbedingungen von Care-Tätigen zu vergessen. Einen radikalen Wandel der derzeitigen gesellschaftlichen Organisation von Sorgearbeit kann es ohne eine Veränderung auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene nicht geben.

Eine transformative Care-Politik, die zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung von Sorgearbeit führt, ihre Bereitstellung erweitert, das Recht auf Sorgearbeit regelt und die mit Sorgearbeit verbundenen Aufgaben gerechter verteilt, muss die folgenden Merkmale aufweisen:

1. Die Selbstbestimmung, die Rechte und das Wohlergehen sowohl von Care-Tätigen als auch Care-Empfänger*innen müssen garantiert werden. Um Spannungen und Interessenskonflikte zu überwinden, empfiehlt es sich, eine solche Politik anhand ihrer konkreten Auswirkungen auf die Ausübenden und die Empfänger*innen zu bewerten. Sorgearbeit wie bisher ausschließlich am Wohlergehen von Care-Empfänger*innen auszurichten, vernachlässigt die Kosten für ihre Erbringer*innen – insbesondere Frauen, da Sorgearbeit häufig auf der Grundlage traditioneller geschlechtlicher Arbeitsteilung gerechtfertigt wird. Eine transformative Care-Politik gelingt demzufolge nur, wenn auch die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der vielfältigen gesellschaftlichen Ungleichheiten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Ethnizität und sozialer Klasse, einbezogen werden (intersektionale Perspektive).

2. Darüber hinaus bedeutet die Anerkennung von Sorgearbeit, ihr Wesen, ihren Umfang und ihre Rolle im jeweiligen Kontext sichtbar zu machen. Beim Aufzeigen ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung muss berücksichtigt werden, wer diesen Beitrag leistet. Eine Anerkennung von Sorgearbeit beinhaltet also verschiedene Aspekte: die Erfassung ihrer Größenordnung mithilfe von Erhebungen zum zeitlichen Aufwand; eine Analyse der Auswirkungen ihrer gesellschaftlichen Verteilung und potenziell verarmenden Folgen; sozialpolitische Maßnahmen, die Sorgearbeit nicht als gegeben hinnehmen und eine Vermeidung von Genderstereotypen, die dazu führen, dass Sorgearbeit hauptsächlich von Frauen geleistet wird. Das bedeutet auch, diskursive Strategien zu entwickeln, um die hegemonialen Machtverhältnisse zu hinterfragen und mithilfe von Debatten dazu beizutragen, dass der Abwertung von Sorgearbeit, den niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsbedingungen ein Ende bereitet wird und eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt werden kann (Esquivel 2015).

3. Die öffentliche Verwaltung muss einerseits ihrer Verantwortung als Leistungserbringerin gerecht werden und Care-Infrastrukturen sowie -Dienstleistungen bereitstellen und andererseits als regulierende Instanz die privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beiträge koordinieren.

4. Schließlich ist eine Umverteilung der Sorgearbeit zu gewährleisten. Bis vor kurzem wurden Sorgearbeiten ausschließlich in Privathaushalten und unter den darin lebenden Frauen und Männern verteilt. Der Schwerpunkt der Umverteilung von Sorgearbeit darf jedoch nicht nur innerhalb von Privathaushalten unter Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitsverhältnisse (Vereinbarkeit von Beruf und Familie) liegen. Damit würden Familien, die kaum die Möglichkeit zur Aufteilung der Verantwortlichkeiten haben (Alleinerziehende) oder, die selbst bei guter Aufteilung den Sorgebedarf nicht decken können (Pflegebedürftigkeit) außen vorgelassen. Zudem blieben jene Fälle unberücksichtigt, in denen der informelle Charakter der Beschäftigung nicht einmal den Zugang zu den wenigen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Daher geht die Umverteilung der Sorgearbeit weit über die Haushalte hinaus und muss die Gesellschaft insgesamt einbeziehen, da sie nicht nur in den Haushalten, sondern auch im öffentlichen Bereich und in marktförmigen Kontexten stattfindet. Das Care-Angebot verändert nämlich das relative Gewicht der Haushalte bei der Bereitstellung von Sorgearbeit. Kostenlose öffentliche Sorgedienstleistungen könnten beispielsweise für eine Neuverteilung der Aufgaben sorgen und darüber hinaus Arbeitsplätze, insbesondere für Frauen, schaffen. Bei unzureichender öffentlicher Versorgung überwiegt jedoch die private Bereitstellung, was dazu führt, dass der Zugang zu Care-Dienstleistungen zudem von der Kaufkraft der jeweiligen Haushalte abhängt und damit andere Ungleichheiten widerspiegelt und verstärkt (Esquivel 2015).

C) Verknüpfung von Care-Politik mit Gleichstellungspolitik

Eine carepolitische Agenda muss ihrem Ursprung getreu in den Rahmen einer Gleichstellungsagenda eingebettet sein. Die Überführung von analytischen Erkenntnissen zur Sorgearbeit aus der feministischen Theorie in konkrete sozialpolitische Maßnahmen geht jedoch mit dem Risiko einher, sich von der Gleichstellungsagenda zu lösen und familistische oder maternalistische Züge anzunehmen. Auf diese Weise würde Sorgearbeit als etwas verstärkt, das Frauen zugeordnet wird und für Männer unangemessen ist oder als untergeordnete Aufgabe gilt. Eine Einbettung von Care-Politik in den Rahmen der Gleichstellung verringert die Gefahr, dass ihre Dimension des heteropatriarchalen Konflikts verloren geht – eine Komponente, die sie keinesfalls einbüßen darf, wenn wir eine transformative Care-Agenda entwickeln wollen.

Folglich muss Care-Politik zwangsläufig zugleich Gleichstellungsforderungen aufgreifen. Beide Politikbereiche sollten stets Hand in Hand gehen, da sie ohneeinander nicht zu verstehen sind. Das Care-Pa-

radigma birgt das große Potenzial, Sorgearbeit als Frage der öffentlichen Politik zu etablieren, und sie damit vom familiären und privaten Bereich zu lösen und eine Bereitstellung in anderen Räumen zu ermöglichen.

Gleichermaßen erlaubt uns die Gleichstellungspolitik, Diskurse und politische Maßnahmen, die Frauen die tragende Rolle in der Sorgearbeit zuweisen und die Verantwortung von Männern einschränken, aus einer feministischen Perspektive zu analysieren. Und sie ermöglicht uns ein Verständnis der sozialen Beziehungen in den Haushalten und Familien. So lässt sich ganz konkret verstehen, in welchem Maße geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Arbeitsbelastung und beim Lebensstandard gesellschaftlich akzeptiert sind.

In der Umsetzung muss die Perspektive derjenigen, die Sorgearbeit leisten, berücksichtigt werden und es ist bei der Maßnahmengestaltung darauf zu achten, ob diese die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei der Verteilung von Sorgearbeit und bezahlter Arbeit verringern oder verstärken.

Eine Verwässerung der Gleichstellungsagenda nimmt zu, wenn sich Care-Politik ausschließlich auf die Bedarfe der Pflegebedürftigen konzentriert. Auf diese Weise wird das bestehende Spannungsverhältnis zwischen Bereitstellung und Inanspruchnahme von Sorgearbeit oft verwischt. Die Unkritische Betonung von Vorteilen der häuslichen Sorgearbeit (meist durch Frauen) und eine dichotomische (von Familien *oder* von Pflegediensten geleistete Sorgearbeit) Betrachtung der unterschiedlichen Formen von Sorgearbeit, rücken Gleichstellungsforderungen oftmals in den Hintergrund, um die Bereitstellung zu gewährleisten, die in den Haushalten dann hauptsächlich von Frauen ermöglicht wird.

Für eine Umverteilung von Sorgearbeiten unter den Mitgliedern einer Gesellschaft ist Sorgearbeit als notwendiges Gut zur Erhaltung der Gesellschaft zu betrachten und nicht als etwas naturgemäß Weibliches. Ganz in diesem Sinne liegt es in der Verantwortung der öffentlichen Verwaltungen, eine gerechte *Umverteilungspolitik* zu entwerfen. Im Fokus sollte die gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen, Familien, öffentlichen Einrichtungen, dem Markt und der Gemeinschaft stehen. Letztlich geht es darum, Sorgearbeit aus der privaten familiären Sphäre in die Sphäre der öffentlichen Politik zu verlagern. Sie als öffentliche Angelegenheit zu betrachten, bereitet der Vorstellung ein Ende, sie sei eine private Aufgabe, die die Defizite des öffentlichen sozialen Netzes gemäß der Haushaltsressourcen und geschlechtsspezifischen Verhandlungen innerhalb der Familien auszugleichen hätte.

Die Geschlechtervariable ist jedoch nicht als einzige Ursache für Ungleichheiten bei der Verteilung der Sorgearbeit verantwortlich. Die Ungleichheit her-

vorrufenden Prozesse sind weitaus komplexer und spielen mit anderen Variablen wie Klasse, Ethnizität oder dem Migrationsstatus zusammen. Deshalb darf die Care-Politik keinesfalls die Überschneidung der verschiedenen Achsen von Ungleichheit ignorieren, die in Bezug auf die Verteilung und Zuweisung von Sorgearbeiten miteinander verflochten sind. Eine *intersektionale Perspektive* ist daher für den Bereich der gesamten öffentlichen Politik und insbesondere im Bereich der öffentlichen Care-Politik grundlegend. Beispielsweise muss Sorgearbeit auch in Verbindung mit ihrer transnationalen Dimension (globale Care-Ketten) im Kontext einer globalen Krise der sozialen Reproduktion gesehen werden. So werden angesichts fehlender öffentlicher Ressourcen die Care-Aufgaben in vielen Haushalten ausgelagert, was zusammen mit Prozessen einer zunehmend weiblichen Migration dazu geführt hat, dass immer mehr Migrantinnen unter äußerst prekären Bedingungen beschäftigt werden.

D) Verknüpfung von Care-Politik mit Umweltpolitik und der öffentlichen Gesundheit

Das Menschenbild des Ökofeminismus beruht auf zwei grundlegenden Tatsachen: einerseits der ökologischen Abhängigkeit bzw. *Ökodespendenz* bezüglich der Natur, zu der wir gehören. Damit einher geht auch die Unmöglichkeit eines unbegrenzten extraktiven Wachstums auf einem begrenzten Planeten. Und andererseits auf der gegenseitigen Abhängigkeit bzw. *Interdependenz* der Menschen, die darin zum Ausdruck kommt, dass wir alle füreinander sorgen und zugleich auf Sorgearbeit angewiesen sind. Die Entwicklung einer öffentlichen Care-Politik lässt sich nicht von diesen beiden Prämissen trennen und jede öffentliche Care-Politik muss mit spezifischen Maßnahmen für Umweltschutz, ökologische Nachhaltigkeit und Ernährungssouveränität (Schutz des heimisch-lokalen Markts) verknüpft sein.

Auch die Gesundheit der Gemeinschaft hängt stark von der Verfassung der natürlichen Umwelt ab, doch spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Dazu zählen die menschliche Biologie, die Lebensweise, das soziale und kulturelle Umfeld sowie die Gesundheitsdienste und der Einfluss sozialer, politischer und globaler Faktoren. Nicht umsonst stellt die *Community Health*⁶ fest, dass die Postleitzahl für die Gesundheit eine größere Rolle spielt als der genetische Code. Es besteht also ein wesentlicher Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Gesundheit. Daher

sind öffentliche Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit notwendig, um die Lebensqualität aller Menschen zu verbessern.

Zwischen den Kategorien *Community Health* und *Sorgearbeit* besteht also sowohl in epistemologischer Hinsicht als auch in der praktischen Umsetzung eine große Nähe. So ist der Gesundheitsbegriff, auf den sich die *Community Health* bezieht, offenbar auch mit einer Nachhaltigkeit des Lebens verknüpft. Aus diesem Grund haben ihre Kriterien einen wichtigen Platz in den kommunalen Projekten unserer Region eingenommen, beispielsweise im Madrider Care-Plan «Madrid Ciudad de los Cuidados» oder in der Regierungsmaßnahme zur Demokratisierung der Sorgearbeit «*Mesura de Govern per una Democratització de la Cura*» der Stadtverwaltung von Barcelona. Auf europäischer Ebene stellte das 2014 von King's Fund⁷ veröffentlichte Dokument zur Verantwortung lokaler Behörden für die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung einen bedeutsamen Beitrag dar. Die Autor*innen verweisen darin anhand von *Community-Health-Kriterien* auf die entscheidende Rolle von Maßnahmen, die soziale und wirtschaftliche Einflussfaktoren sowie den Abbau gesundheitlicher Benachteiligung einbeziehen. Darüber hinaus werden eine Reihe von sektorspezifischen Handlungsfeldern herausgestellt (Schwangerschaft und Geburt, Bildung, Beschäftigung, Mobilität, Wohnen, Grünflächen, unerwünschte Einsamkeit, Luftqualität usw.). Diese dienen der Medizinern Rafa Cotiño in einer seiner Veröffentlichungen⁸ als Ausgangspunkt, um das Thema der Sorgearbeit in der öffentlichen Kommunalpolitik zu verankern. So wurden kommunale Handlungsfelder eingegrenzt, die für eine direkte Einbeziehung in die Care-Politik in Frage kommen könnten.

E) Sorgearbeit als Öffentliches Gut

Nach einer Kategorisierung der Güter (D'Alisa 2013), die zwischen öffentlichem Gut, Gemeingut, Klubgut,⁹ privatem Gut und Familiengut unterscheidet, lässt sich Sorgearbeit bislang am treffendsten der Kategorie des Familienguts zurechnen. Dadurch können sowohl die wichtigen sozialen Funktionen, die die Familie in Form von Sorgearbeit erfüllt, als auch die geschlechtliche Arbeitsteilung und die bestehenden Machtverhältnisse rund um ihre Bereitstellung sichtbar gemacht werden. Allerdings sollte Sorgearbeit weder durch die patriarchale Logik bestimmt werden, die sie auf die unsichtbare Arbeit von Frauen im Haus-

6 *Community Health* (Gesundheit der Gemeinschaft) ist ein Studienbereich innerhalb der medizinischen und klinischen Wissenschaften, der sich mit der Erhaltung, dem Schutz und der Verbesserung des Gesundheitszustands von Bevölkerungsgruppen und Gemeinschaften befasst. [Ergänzung der Lektorin]

7 <http://www.kingsfund.org.uk/publications/improving-publics-health>

8 <https://saludcomunitaria.wordpress.com/2018/01/23/como-podemos-conseguir-municipios-mas-saludables/>

9 Als *Klubgut* werden Güter oder Dienstleistungen bezeichnet, bei denen es in der Güternachfrage eine begrenzte Rivalität unter den Nachfragenden gibt und die Ausschließbarkeit vom Güterangebot durchsetzbar ist. [Ergänzung der Lektorin]

halt beschränkt, noch durch die merkantile Logik, die sie zu einem Privat- oder Klubgut mit eingeschränkten Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten macht. Im Gegenteil: Die Bereitstellung von Sorgearbeit ist als öffentliches Gut zu betrachten, von dem die Gesellschaft insgesamt profitieren sollte, nicht nur ihre unmittelbaren Empfänger*innen.

Um es mit den Worten von César Rendueles zu sagen: «Öffentliche Güter zeichnen sich nicht unbedingt dadurch aus, dass sie vom Staat bereitgestellt werden. Sie charakterisieren sich dadurch, dass die bestehende Inanspruchnahme nicht durch neue Nutzer*innen eingeschränkt wird («nicht konkurrierend»). Darüber hinaus kann ihre Nutzung nicht durch Marktmechanismen eingeschränkt werden («nicht ausschließend»). Jeder Mensch kann über sie verfügen, unabhängig davon, ob er zu ihrer Herstellung beigetragen hat oder nicht, und folglich können sie nicht beziffert werden, indem sie einen Preis erhalten.» (2013: 54)

Dennoch ist die Umwandlung einiger Sorgearbeiten in öffentliche Güter von feministischer Seite heftig kritisiert worden. Denn diese wohlfahrtstaatliche Umwandlung führte sowohl zu einer Verstärkung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als auch zur Homogenisierung des Dienstleistungsangebots, das die Vielfalt der Bedürfnisse und Umstände weder flexibel berücksichtigt noch befriedigt, sowie zu einer Aufrechterhaltung der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, wie etwa die prekären Arbeitsbedingungen der professionellen Care-Tätigen zeigen. Sorgearbeit ähnelt dabei häufig eher einem *Klubgut*, man denke nur an die Schwierigkeiten, einen Platz in einem staatlichen Altenheim oder Kindergarten zu erhalten, oder einem *privaten Gut* im Sinne der Auslagerung und Privatisierung zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen. Wir sind folglich noch weit davon entfernt, dass Sorgearbeit als öffentliches Gut angesehen wird; im Gegenteil: Die sozialen Kürzungen der letzten Jahre hatten eine Verringerung der öffentlichen Verantwortung für die Sorgearbeit zur Folge, sodass sie wieder zurück in die Haushalte überführt bzw. erneut zu einem *Familiengut* wurde.

Die Einstufung der Sorgearbeit als öffentliches Gut ist aus diesem Grund für die Umsetzung kommunaler Care-Politik unerlässlich. Allerdings sprechen wir dabei von einem öffentlichen Gut, zu dem alle Bürger*innen universell Zugang haben, das den diversen Umständen gerecht wird, das Selbstorganisation fördert und die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht reproduziert.

F) Sorgearbeit als *Gemeingut*: Verknüpfung von Care-Politik und dem Gemeinschaftlichen

Die Verantwortung für Sorgearbeiten wurde bislang vor allem von der Familie auf öffentliche Verwaltungen oder den Markt übertragen. Weit weni-

ger Aufmerksamkeit galt ihrer Übertragung auf die Gemeinschaft. Die Diskreditierung des Wohlfahrtsstaats und der neoliberale Versuch, alle Lebensbereiche der Marktlogik unterzuordnen, haben allerdings dazu geführt, dass das Gemeinschaftliche (bzw. die Commons) als vielversprechende Alternative zum Binom Staat-Markt gesehen wird. Damit wird die vermeintlich einzige Wahlmöglichkeit zwischen dem Staat *oder* dem Markt in Frage gestellt. Auch vor dem Hintergrund der mangelnden Beteiligung von öffentlichen Verwaltungen werden aus dem gemeinschaftlichen Bereich selbst zunehmend alternative institutionelle Formen vorgeschlagen. Diese speisen sich aus der gemeinschaftlichen Fähigkeit zur Selbstorganisation und Verwaltung von Gütern, die nicht auf dem Streben nach Profit, sondern auf Interdependenz beruht. Beispiele hierfür sind genossenschaftliche Wohnformen für ältere Menschen oder die Förderung von Freiwilligennetzwerken, um ältere Menschen zu ermutigen, in ihrem Wohnumfeld zu bleiben.

Gerade der Care-Notstand legt die Möglichkeit nahe, Sorgearbeit als *Gemeingut* zu begreifen. Eine derartige Verlagerung von Sorgearbeit hat das Potenzial, die Grenzen der innerfamiliären Verteilung zu überwinden und Sorgearbeit sowie Reproduktion als Tätigkeiten zu etablieren, die – jenseits von Marktinteressen und den Unwägbarkeiten eines immer stärker von diesen abhängigen Staates – von Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft insgesamt übernommen werden. Allerdings sind mit der Verlagerung der Sorgearbeit auf «das Gemeinschaftliche» auch gewisse Einschränkungen und Hindernisse verbunden (Vegasolís und Martínez-Buján 2017):

- Mit der Verlagerung geht nicht zwangsläufig einher, dass Sorgearbeit nicht hauptsächlich weiter in den Händen von Frauen liegen wird.
- Die Prozesse von Individualisierung und sozialer Atomisierung wirken sich keineswegs günstig auf die gemeinschaftliche Selbstorganisation aus. Sorgearbeit als *Opfer* zu verstehen, anstatt sie als eines der Hauptmerkmale unseres Lebens in der Gemeinschaft anzuerkennen, hat einen ähnlichen Effekt.
- Öffentliche Einrichtungen und Märkte sind sehr geschickt darin, das Konzept der Commons zu vereinnahmen. Gemeingüter können so nicht nur in Richtung Marktproduktion umgelenkt werden, sondern sogar als Alibi für den Abbau öffentlicher Dienstleistungen dienen.

Letztlich ist die Betrachtung der Sorgearbeit als Gemeingut auch für Überlegungen zur kommunalen Care-Politik äußerst nützlich. Kann oder sollte es jedoch eine Beziehung zwischen dem Gemeinschaftlichen und den politischen Institutionen geben? Wie kann die öffentliche Verwaltung eine Politik umsetzen, die die Bereitstellung von Sorgearbeit aus dem

gemeinschaftlichen Umfeld fördert? Die Antwort auf die erste Frage lautet, dass es durchaus eine Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Gemeinschaft geben sollte, obwohl diese Zusammenarbeit gerade an Stellen, wo die Verwaltung ihre Verantwortung nicht an die Gemeinschaft abgibt oder Selbstorganisationsprozesse nicht fördert, keine leichte Aufgabe darstellt. Als Antwort auf die zweite Frage dient uns eine bestehende fruchtbare Zusammenarbeit als ein Beispiel: Das von der Stadt Barcelona geförderte Radars-Projekt (Proyecto Radars) ist ein Netzwerk für Prävention und gemeinschaftliches Handeln, das darauf abzielt, Risikosituationen bei älteren Menschen zu erkennen und zu verhindern, sowie die negativen Auswirkungen unerwünschter Einsamkeit unter Mitwirkung des gemeinschaftlichen Umfeldes zu minimieren. Die Initiative entstand im Stadtteil Camp d'en Grassot-Gracia Nova vor dem Hintergrund, dass dort viele ältere Menschen einem Isolationsrisiko ausgesetzt waren, und die sozialen Dienste ihre Handlungsfähigkeit mit der aktiven Beteiligung von Organisationen, Diensten, Nachbar*innen und der Gemeinschaft im Allgemeinen zu verbinden suchten.

G) Sorgearbeit als *neues Sozialrecht* (Leisten und Erhalten von Sorgearbeit) auf der Grundlage der Prinzipien Gleichheit-Universalität und Solidarität-gemeinsame Verantwortung

Um einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der die Nachhaltigkeit des Lebens in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt, ist es notwendig, die Analyse auch auf den Bereich der gesetzlichen Regelungen zu übertragen. Doch wie lässt sich die Komplexität einer als Grundsatz für Chancengleichheit und Gleichbehandlung verstandenen Sorgearbeit in die rechtliche Logik integrieren?

Der Grundsatz von Chancengleichheit wird in unserem Verfassungssystem bislang vor dem Hintergrund der historischen Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten geregelt. Im öffentlichen Bereich wurden dabei jedoch bessere Bedingungen gefördert, während die Sphäre der privaten Reproduktion, die ja gerade die Eingliederung der Menschen in den öffentlichen Bereich ermöglicht, ignoriert und zurückgedrängt wurde. Die Förderung eines Rechtsanspruchs auf Sorgearbeit muss aber den privaten Bereich der Reproduktion des Lebens berücksichtigen und gerade hier die Gesamtheit aller Bürger*innen unabhängig von ihrem Geschlecht einbeziehen. Zudem sollte der Anspruch auf Sorgearbeit nicht mit einem Defizit in Verbindung gebracht werden, auf Grundlage dessen Menschen die benötigte Betreuung in Anspruch nehmen können – sondern im Gegenteil mit der Idee eines universellen Rechts, das unabhängig von der jeweiligen Bedürftigkeit den intrinsischen Wert von Sorgearbeit widerspiegelt.

Bedeutende Fortschritte sind in dem Maß möglich, wie das *Recht auf Sorgearbeit* als eigenständiges und universelles Recht anerkannt wird. Das gilt sowohl hinsichtlich der Anerkennung dessen, was unsichtbar gemacht wird, als auch für die Lebensqualität der Stadtgesellschaft insgesamt. Für die anspruchsberechtigten Personen impliziert ein solcher Rechtsanspruch darüber hinaus einen Empowerment-Prozess und die Garantie seitens der öffentlichen Verwaltung, dieses Recht auch über Auflagen für Dritte einzulösen. Ein universeller Rechtsanspruch auf Sorgearbeit führt letztlich dazu, dass jede Person in den verschiedenen (öffentlichen und privaten) Bereichen dieses Recht einfordern kann und verändert damit auch die Dynamik von Sorgearbeit.

Es geht jedoch nicht darum, ein neues Recht in die Rechtsordnung einzuführen, sondern vielmehr um die Nutzung bestehender Rechtsvorschriften, um auf deren Grundlage den Anspruch auf Sorgearbeit im Detail zu entwickeln. Der von der internationalen Gemeinschaft legitimierte Rahmen der Menschenrechte bietet der öffentlichen Politik bereits ein kohärentes System von Grundsätzen und Leitlinien, um die staatlichen Verpflichtungen in Bezug auf die wichtigsten Menschenrechte im sozialen Bereich (soziale, wirtschaftliche, kulturelle, politische und bürgerliche Rechte) zu definieren. Dieser Ansatz geht jedoch weit über jene sozialpolitische Vision hinaus, die sich mit einer Bereitstellung von wohlfahrtsstaatlichen Hilfsleistungen zufriedengibt. Vielmehr konzentriert er sich auf die Definition von Mindestparametern für ein würdiges Leben, deren Garantie der staatlichen Verantwortung obliegt. Ausgehend von diesem Fokus sollen neuartige öffentliche Maßnahmen gefördert werden, die die Menschen als vollwertige Inhaber*innen von Rechten und nicht lediglich als Begünstigte betrachten.

Mit dem rechtebasierten Ansatz (Pautassi 2017) können wir wie folgt argumentieren: Wenn unsere Körper verletzlich sind und das Leben aller Menschen von der Sorgearbeit anderer abhängt, ist das Recht auf Sorgearbeit nichts anderes als eine Konsequenz aus Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: «Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.» Da es Leben gibt, die zugrunde gehen, wenn sie nicht unterstützt werden, ist es unerlässlich, das Recht auf Sorgearbeit als solches anzuerkennen. Nicht nur, damit es seinen Weg in die zahlreichen internationalen Erklärungen und Konventionen findet, sondern auch, damit die Rechtsinhaber*innen als solche anerkannt werden und ihren Rechtsanspruch geltend machen können. Gleichzeitig wird es damit insbesondere für Staaten und die verschiedenen öffentlichen Verwaltungen auf lokaler Ebene zu einer Verpflichtung.

Ließe sich die Sorgearbeit auf der Ebene der spanischen Gesetzgebung als ein neues Sozialrecht

betrachten? Auch wenn die Sozialrechte nicht zu den anerkannten Grundrechten in der spanischen Verfassung von 1978 gehören, sondern eher programmatische Normen oder Leitkriterien für den Gesetzgeber und die öffentliche Hand darstellen, deren Erfüllung vom Willen der Regierenden und der verfügbaren Mittel abhängt, besteht kein Zweifel daran, dass die gesetzliche Verankerung des Rechtsanspruchs den Staat und die öffentlichen Verwaltungen dennoch zur Bereitstellung von einem Mindestmaß an Sorgearbeit verpflichten würde. Das hieße, sie als individuellen und kollektiven Bedarf zu begreifen, der staatlich garantiert werden muss, damit der Gleichheitsgrundsatz und die Aufsichtsfunktion eines sozialen Rechtsstaats, der das Wohlergehen der Gesellschaft sicherzustellen hat, erfüllt sind. Die Anerkennung eines Rechtsanspruchs auf Sorgearbeit würde somit sowohl den Zugang zu Sorgearbeit als auch die öffentliche Bedarfsdeckung als weitere Leistungen des Wohlfahrtsstaats begründen und in Form eines neuen Sozialrechts dem Recht auf Gesundheitsversorgung gleichstellen.

Eine solche Regelung wurde in Uruguay mit einer beschränkten rechtlichen Anerkennung des Anspruchs umgesetzt. Sorgearbeit blieb hierbei auf die Förderung der persönlichen Unabhängigkeit, Betreuung und Unterstützung von Personen beschränkt, die sich in einer Abhängigkeitssituation befinden. Seit Verabschiedung des Care-Gesetzes (Ley de Cuidados) haben Kinder, Menschen mit Einschränkungen und ältere, auf Hilfe angewiesene Menschen in Uruguay das Recht, Sorgearbeit in Anspruch zu nehmen. Außerdem wurde das Nationale Integrierte Care-System (Sistema Nacional Integrado de Cuidados) geschaffen, dessen Ziel ein Care-Modell war, das durch die gemeinsame Verantwortung von Familie, Staat, Gemeinschaft und Markt geprägt ist.

In einem sozialen Rechtsstaat wie dem spanischen, in dem das Recht auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl einen Grundsatz als auch ein einklagbares Grundrecht darstellt und staatliches Handeln darüber hinaus dazu verpflichtet ist, eine Mindestfürsorge zu garantieren, sollte auch eine Gesetzgebung gefordert werden, die das Recht auf die Erbringung und den Erhalt von Sorgearbeit für alle Menschen festschreibt.

Daraus lässt sich ableiten, dass der Zugang zu einer würdigen Sorgearbeit nicht als Schlüsseldimension öffentlicher Politik verstanden werden kann, solange diese nicht als Grundrecht aller Menschen anerkannt wird. Die Anerkennung dieses Rechts muss sich jedoch auf Kriterien der *Universalität* (keinerlei

Beschränkungen für den Zugang), aber auch der *Singularität* stützen, da es keine einheitliche Definition von Sorgearbeit gibt, die in allen Kontexten geltend gemacht werden kann. Vielmehr erhält der Begriff Sorgearbeit erst dann seine konkrete Bedeutung, wenn er auf spezifische und situationsabhängige Kontexte bezogen wird.

Der Einsatz für ein Recht auf Sorgearbeit und die Debatte darüber erfüllen auf gesellschaftlicher Ebene eine vielfältige und äußerst wichtige Funktion (Lleó Fernández et al. 2012):

- Sie erheben die unsichtbare Realität der Sorgearbeit in den Status eines Rechts und machen die gute Sorgearbeit zum Rechtsobjekt.
- Sie erkennen die Knotenpunkte, an denen das Recht auf Sorgearbeit im aktuellen Kontext der multidimensionalen Krise verletzt wird, und machen sie sichtbar. Dadurch sind sie der Festlegung von Prioritäten im Bereich der öffentlichen Politik dienlich.
- Sie setzen die Notwendigkeit auf die Tagesordnung, vom derzeitigen mit der sichtbaren Welt der Lohnarbeit verknüpften Rahmen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Rechte, zu einem neuen Rahmen von Rechten überzugehen, die mit den unsichtbaren und abgewerteten Tätigkeiten, Prozessen und Dynamiken, die die Sorge für das Leben ermöglichen, in Verbindung stehen.
- Sie tragen zur Anerkennung der Schulden gegenüber anderen Gesellschaften bei, die infolge der Transnationalisierung von Sorgearbeit durch die Aneignung von deren Zeit und Energie für Sorgearbeiten entstanden sind.
- Sie können ermöglichen, dass die öffentlichen Verwaltungen sich politisch und gesetzlich auf ein neues bürgerschaftliches Konzept zu stützen, das mit der dualen Struktur von öffentlich und privat bricht, sowie die Vielfalt und Pluralität der Menschen berücksichtigt. Letztlich handelt es sich, wie Encarna Bodelón (2010) betont, um den Übergang von der Staatsbürgerschaft (span. *ciudadanía*) zur *Ciudadanía*¹⁰. «Das Konzept der *«Cidadanía»* ist mit einer von Gleichstellung geprägten Staatsbürgerschaft verknüpft, die über die bloße Berücksichtigung von Frauen im bestehenden Rechtskatalog oder die Aufnahme einiger geschlechtsspezifischer Rechte hinausgeht. Vielmehr geht es darum, die sozialen Beziehungen zwischen Frauen und Männern umzugestalten und den Inhalt der Rechte neu zu definieren, um Frauen eine wirkliche Teilhabe zu ermöglichen und ihre Bedürfnisse und Wünsche zu vergegenwärtigen.»

10 Anm. d. Übers.: Span. Neologismus, der Staatsbürgerschaft – *ciudadanía* – und Sorgearbeit – *cuidado* – in einem Wort miteinander verbindet.

2.1.2 Die Grenzen des Wohlfahrtsstaats bei der Bereitstellung von Sorgearbeit: Ist dieses Modell für uns nützlich?

Mit unserem Wohlfahrtsstaatsmodell wird bezweckt, Ungleichheiten zu verringern, die durch soziale Schichten bedingt sind, insofern soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Umverteilung zu seinen Zielen gehören. Dies betrifft jedoch nicht jene Ungleichheiten, die auf die geschlechtliche Arbeitsteilung zurückzuführen sind. Im Gegenteil: Das Modell lässt sich als *familistisch* bezeichnen, denn es basiert auf dem Konstrukt der Familie und hinterfragt nicht im Geringsten die möglichen Situationen von Ungleichheit und Unterordnung, die in Familien entstehen. Eine Familie besteht hierbei aus einem *männlichen Versorger* und einer *weiblichen Hausfrau*. Die Betreuung von Kindern und älteren Menschen sowie andere Sorgearbeiten werden durch die Hausarbeit von Frauen bewältigt. Gleichzeitig ermöglicht die Eingliederung des männlichen Lohnempfängers in ein formelles Beschäftigungsverhältnis seinen Angehörigen den Zugang zu den Gesundheits- und Sozialversicherungssystemen. Sowohl die spanische Gesellschaft als auch die Familienmodelle haben mittlerweile erhebliche Veränderungen durchlaufen. Dennoch beruht die Organisation von Sorgearbeit insgesamt und des Sozialschutzes weiterhin auf der konventionellen Kernfamilie. Ein Netzwerk familiärer Solidarität verbindet die unmittelbaren Familienmitglieder und insbesondere die verschiedenen Generationen derselben Familie dabei. Unser Wohlfahrtsstaatsmodell ist damit auf den Pfeilern eines Modells von Familie als Institution errichtet, das nicht mehr der Realität entspricht. Dennoch gehen die öffentlichen Verwaltungen weiterhin davon aus, dass in erster Linie die soziale Organisation der Familie für den sozialen Schutz und das Wohlergehen der Menschen verantwortlich sei.

All das hat zur Folge, dass gesellschaftliche Sorgearbeit zwar zu den Handlungsdimensionen der Sozialpolitik zählt, die meisten Analysen von Care-Politik innerhalb der Wohlfahrtsregime jedoch die Verteilung der Sorgearbeit zwischen dem Staat und den Familien sowie ihre geschlechtliche Verteilung innerhalb der Familien ignorieren oder stillschweigend voraussetzen. Die unentgeltliche und uneigennützig Erledigung von Sorgearbeiten innerhalb der Familie wird nicht zum Gegenstand politischer Analysen, da sie der Privatsphäre der Menschen zugeordnet wird.

Wenn aber die Familie in Sachen Sorgearbeit weiter die Hauptversorgerin ist und unser Sozialsystem sich noch immer in hohem Maße auf darauf stützt, liegt es auf der Hand, dass eine transformative öffentliche Care-Politik den Schwerpunkt zu verändern hat. Sie muss aufhören, als gegeben voraussetzen, dass Sorgearbeit stets familienintern geleistet wird. Eine weitere Achse der Ungleichheit, auf

die sich der derzeitige Wohlfahrtsstaat stützt, ist die Ethnizität von Menschen. Die prekariertesten Care-Jobs werden zumeist von rassifizierten Frauen mit Migrationshintergrund ausgeübt. Daher ist eine klare antirassistische Ausrichtung von Care-Politik unabdingbar. Viele Familien sind heutzutage nicht in der Lage oder auch nicht willens all die in den familiären Bereich verbannten Sorgearbeiten selbst zu leisten und lagern sie an andere Frauen, häufig Migrant*innen aus. Dadurch werden wiederum weitere Achsen von Ungleichheit (wie Klasse und Ethnizität) unter den Frauen selbst verstärkt. Letztlich profitieren die öffentlichen Verwaltungen von der prekären Arbeit dieser Frauen und den individuellen Strategien, mit denen Familien der Tatsache begegnen, dass es keine weitreichende Care-Politik gibt, die das Leben aller Menschen verbessert.

Der gegenwärtige Wohlfahrtsstaat stößt bei der Ausformulierung einer transformativen und intersektionalen Care-Politik an diesen Punkten deutlich an seine Grenzen. Ohne eine tiefgreifende strukturelle Anpassung wird es daher nicht möglich sein, die ungleiche gesellschaftliche Organisation von Sorgearbeit zu verändern.

2.1.3 Der Begriff Sorgearbeit als konzeptioneller Rahmen für den Aufbau einer kommunalen Care-Agenda und seine Grenzen

Auch wenn der Begriff *Sorgearbeit* äußerst produktiv ist, da er eine radikale Kritik an der gegenwärtig hegemonialen, marktorientierten Vision von Wirtschaft impliziert, sowie von vielen Feministinnen vertreten wird und eine hohe Legitimation genießt, weist er einige Grenzen und Schwierigkeiten auf, die benannt werden müssen:

1. Gelegentlich kommt es zu einer übermäßigen Verwendung des Begriffs ohne seine historischen, kulturellen und geschlechterbezogenen Konnotationen zu berücksichtigen. Wie Mari Luz Esteban (Abasolo 2010) betont hat, bedarf es der weiteren feministischen Reflexion und Debatte zum Konzept von Sorgearbeit, da es trotz seines politischen Potenzials auch Probleme und Unklarheiten beinhaltet. Sorgearbeit wird problematischer Weise häufig so definiert, als stehe sie außerhalb der Zeit und habe keinerlei Kontext. Dabei wird vergessen, dass das Konzept nur in der konkreten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation Sinn ergibt, wie sie den westlichen Gesellschaften entspricht, in denen die Produktionsweise und Sozialisation der Menschen durch eine spezifisch geschlechtliche Arbeitsteilung etabliert ist, die Frauen auf die Pflege und Betreuung von anderen und Männer auf die Produktion von Waren für den Markt verweist.

2. Das Konzept ist sehr weit gefasst und bezieht sich gleichzeitig auf so unterschiedliche Fragen, dass es möglicherweise sinnvoller wäre, Themen, wie die

Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit, Kinderbetreuung und Selbstfürsorge, auf die sich der Begriff *Sorgearbeit* bezieht, differenziert zu benennen (Pérez Orozco 2021b).

Die Tatsache, dass es keine besseren konzeptionellen Alternativen gibt, bedeutet jedoch nicht, dass uns die Grenzen bestimmter Kategorien nicht bewusst wären. Die Anerkennung dieser Grenzen hat etwa die Plattform für ein Baskisches Öffentliches Betreuungssystem für Pflegebedürftige (Plataforma por un Sistema Público Vasco de Atención a la Dependencia)¹¹ dazu veranlasst, das Konzept auf den konkreteren Bereich der «Betreuung für Pflegebedürftige» zu beschränken. Unter anderen hat Mari Luz Esteban (2017) ähnlich motiviert einige alternative Konzepte wie *gegenseitige Unterstützung*, *Selbstpflege*¹² oder *Gegenseitigkeit* vorgeschlagen. Diese ermöglichen es, die Grenzen der aktuellen Familienbeziehungen und -ideologien zu überschreiten und die Überdimensionierung des Begriffs zu kompensieren. Zweifellos umfasst der Begriff *Sorgearbeit* also sehr unterschiedliche Aktivitäten, die es terminologisch zu differenzieren gilt. Die Verwendung eines einzigen Begriffs zur Benennung von gänzlich unterschiedlichen Situationen erscheint für die Umsetzung einer transformativen Care-Agenda möglicherweise nicht zielführend. Auch der Gehalt des Begriffs variiert je nach Aufgabe. Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen unterscheidet sich beispielsweise emotional und im Hinblick auf ihre Lebensnotwendigkeit erheblich von der Pflege eines älteren Menschen, der nicht mehr allein zurechtkommt.

3. Da sich der Begriff *Sorgearbeit* auf so unterschiedliche Fragen bezieht, ist es äußerst schwierig, ihn in konkretere politische Forderungen zu übersetzen. Wenn wir ihn auf die öffentliche Politik übertragen, sprechen wir lediglich über Pflegebedürftigkeit, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kinderbetreuung, mit etwas Glück über Hausangestellte und vielleicht ein wenig über Zeitnutzung (Erhebungen zur Zeitnutzung), eine Korrektur an der öffentlichen Politik in ihrer Gesamtheit wird jedoch nicht vorgenommen (Pérez Orozco 2021b).

4. Bei der Überführung des Konzeptes in die öffentliche Politik droht der Verlust seiner Konfliktdimension. Obwohl wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass es sich mit der sozialen Reproduktion um einen Bereich handelt, dessen konfliktreiche Beschaffenheit eng mit dem Neoliberalismus verbunden ist, und der selbst auch der Wertschöpfung dient, erweist es sich dennoch als schwierig, diese Konfliktdimension

bei der Umsetzung reformistischer Maßnahmen zu berücksichtigen.

5. Es überwiegt die Tendenz, Sorgearbeit als eine sektorspezifische Politik zu verstehen, anstatt die Prioritäten der öffentlichen Ausgaben umfassend zu überdenken.

6. Bei der Gesundheitsfürsorge oder der Pflege besteht kein Zweifel daran, wer diese Art von Sorgearbeit erbringt und wo sie geleistet wird. Das gilt jedoch nicht für Aufgaben, die außerhalb des sozialmedizinisch-pflegerischen Bereichs stattfinden, da diese nicht ausreichend sichtbar gemacht und vor allem nicht anerkannt werden. Für Sorgearbeit jenseits des sozialmedizinisch-pflegerischen Bereichs werden häufig andere Begriffe verwendet: Familien- oder Laienpflege, informelle oder häusliche Pflege. Der Begriff *Familienpflege* lässt die stärkere Beteiligung von Frauen an dieser Art von Sorgearbeit gar nicht erkennen. Wenn wir von *Laienpflege*, *informeller* oder *häuslicher Pflege* sprechen, trennen wir Tätigkeiten von Fachleuten und Expert*innen von dem, was vermeintliche Laien (Frauen, Vereine, gesellschaftliche Netzwerke usw.) tun, und hierarchisieren es. Dabei wird den Ersteren Wissen zugeschrieben und die Betreuungsbereiche (häuslich/privat versus öffentlich) werden gänzlich voneinander getrennt. So entsteht die Tendenz zu einer falschen Unterscheidung zwischen *Sorgearbeit* und *Heilen*, oder *Sorgearbeit* und *Betreuung*, was die besagte Hierarchisierung noch untermauert. Die Differenzierung zwischen Sorgearbeit als etwas, das zu Frauen oder untergeordneten Personengruppen gehört, und Pflege sowie Betreuung als etwas, das in der Zuständigkeit von Fachleuten oder öffentlichen Diensten liegt, ist nichts anderes als eine moderne Version traditioneller Dualitäten (häuslich/öffentlich oder Produktion/Reproduktion).

7. Hinzu kommt eine übermäßige Verknüpfung mit dem Emotionalen und Affektiven oder die übertriebene Betonung dieser Dimensionen. Es gilt sogar als selbstverständlich, dass diese Dimensionen für den Aufgabenbereich vorhanden sein müssen, weshalb er auch weiterhin mit *dem Weiblichen* assoziiert wird. Auch wenn die Bedeutung von Emotionen beim Erbringen von Sorgearbeit nicht zu leugnen ist, kann diese Zuordnung von Nachteil sein. Sie verschweigt die emotionalen Konnotationen anderer Aufgaben, ob sie auf Menschen gerichtet sind oder nicht, und führt zu der Vorstellung, dass die beste Sorgearbeit diejenige ist, bei der Gefühle vorhanden sind (d. h. die eines Familienmitglieds), was die Befürwortung hochwertiger öffentlicher Care-Dienstleistungen ausschließt.

11 <http://www.fuhem.es/media/ecosocial/file/Boletin%20ECOS/Boletin%2010/PONENCIA-CUIDADOS.pdf>

12 Anm. d. Übers.: In der medizinischen Anthropologie verwendeter Begriff, der sich auf die Ebene der Gesundheits-/Krankenversorgung bezieht, die außerhalb der professionellen und institutionellen Sphäre stattfindet. Dazu zählen unter anderem die Pflege der Menschen für sich selbst, die Rolle der familiären, nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Netzwerke oder die Rolle der weiblichen Care-Tätigen, beispielsweise im Hinblick auf die Gesundheit von Kindern und Erwachsenen.

8. In vielen Fällen fehlt es an konkreten Inhalten, sodass es beim reinen Diskurs bleibt.

9. Auch kommt es zu einer Idealisierung der Sorgearbeit, als ob sie per se eine gute Sache wäre.

10. Die Bezeichnung *Sorgearbeit* umfasst eine Reihe von Aktivitäten und politischen Maßnahmen, die von denjenigen, die an ihrer Gestaltung und Umsetzung beteiligt sind, nicht unbedingt so genannt werden. Fachleute aus den Bereichen Bildung, Kinder- oder Armutspolitik, aus dem sozialpolitischen Sektor oder aus der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik denken nicht in Kategorien der Sorgearbeit, selbst wenn sie einige der Aspekte erkennen, die nach dem Care-Paradigma von Interesse sind. Das wäre an sich kein Problem, wenn Sorgearbeit in einigen dieser Bereiche nicht eine andere Bedeutung hätte. Unter Bildungsexpert*innen wird sie etwa mit *Betreuung* und familiären Zuständigkeiten assoziiert und damit als Gegenteil von Bildung betrachtet. Im Gesundheitswesen hat sie in der Regel eine spezifische, von der medizinischen Versorgung unterschiedene Bedeutung.

Es ist notwendig, die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs *Sorgearbeit* zu vereinheitlichen, um Missverständnisse zu vermeiden, selbst wenn damit die Gefahr einhergeht, dass Sorgearbeit als akademisches Konstrukt verstanden wird, das mit den alltäglichen Sorgen derjenigen, die sektorspezifische politische Maßnahmen entwerfen und umsetzen, wenig zu tun hat. Der Vorteil liegt jedoch darin, dass das die Ausarbeitung eines sektorübergreifenden Ansatzes begünstigen kann, der die Bereiche Bildung, Gesundheit, Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Mobilität, Umwelt, Wohnen und Wirtschaft zusammenführt.

2.2 ZWEITE STUDIE: BESTANDSAUFNAHME DER KOMMUNALEN CARE-POLITIK

Im Anschluss an die bisherige theoretische Annäherung werden in diesem Kapitel die Aspekte dargelegt, die für eine Bestandsaufnahme kommunaler Politik unter dem Gesichtspunkt der Sorgearbeit erforderlich sind.

Als Ausgangspunkt für eine solche Bestandsaufnahme müssen die politischen Strategien, Programme und Einrichtungen kommunaler Care-Politik berücksichtigt werden, zu deren unmittelbaren Zielen es gehört, Einfluss auf die Zuweisung von Sorgeverantwortung zu nehmen. Diesbezüglich gilt es verschiedene Aspekte zu untersuchen und zu beurteilen:

- inwieweit die Sorgearbeit in den verschiedenen sektorspezifischen Strategien berücksichtigt wird oder nicht,
- wer als Care-Empfänger*in (pflegebedürftig) definiert wird und wer als verantwortlich,

- ob die Sorgearbeit als Hilfeleistung oder als Recht gewährt wird, das es ihren Empfänger*innen ermöglicht, sich an Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen,
- die Art und Weise, wie die Zugangsbedingungen definiert werden (ob sie universell sind oder nicht),
- ob es geschlechtsspezifische Schiefen hinsichtlich des Zugangs und der Bedarfsdeckung gibt (was mit höherer Wahrscheinlichkeit bei den von der Politik als *verantwortlich* definierten Personen der Fall sein wird als bei Care-Empfänger*innen),
- ob die politischen Maßnahmen Einkommensunterschieden entgegenwirken oder nicht.

Andererseits muss bei einer Analyse der Care-Politik berücksichtigt werden, inwieweit sie und im weiteren Sinne die Stadtverwaltung selbst die Mitverantwortung der Gesellschaft bei der Bereitstellung von Care-Leistungen fördert. Bei einer Verpflichtung zur *Förderung von Mitverantwortung* muss betrachtet werden, inwieweit die kommunale Verwaltung den sozialen Einrichtungen zur Verfügung stellt, was diese für die Entwicklung ihrer Sorgetätigkeit benötigen, und inwieweit sie die Interdependenz und andere Formen des Zusammenlebens stärkt, wie beispielsweise das Kleingewerbe gegenüber großen Supermärkten, andere Formen des Konsums, oder Gemeinschaftsprojekte usw. Klar ist, dass die soziale Reproduktion kein Prozess ist, der sich auf einen einzigen Bereich beschränkt; es ist nicht möglich, Familie, Gemeinschaft, Markt und Stadtverwaltung voneinander zu trennen, da sie alle miteinander interagieren.

Mit anderen Worten setzt sich eine Bestandsaufnahme der kommunalen Care-Politik aus den folgenden Elementen zusammen:

- Untersuchung der Strategien, die die Stadtverwaltung zur Herstellung des Gemeinschaftlichen umsetzt, das heißt zur Gewährleistung materieller Bedingungen der kollektiven Reproduktion auf Grundlage ethischer und politischer Kriterien der sozialen Gerechtigkeit,
- Analyse der Art und Weise, wie die Politik, die menschliche Interdependenz und die Ökodenpendenz berücksichtigt,
- Maßnahmen ausfindig machen, die dazu beitragen, die Verantwortung für Sorgearbeit ausgewogen umzuverteilen und sie zu entprivatisieren, das heißt sie aus den Privathaushalten zu holen, ohne sie jedoch zu einer Ware zu machen,
- Aufschlüsselung von Strategien, Maßnahmen oder Programmen, die den Zugang zu notwendigen Ressourcen für ein nachhaltiges Leben gewährleisten und die Prekarisierung des Lebens der Menschen stoppen.

Kurz gesagt: eine Bestandsaufnahme der Care-Politik einer Stadtverwaltung besteht letztlich in der Analyse der Maßnahmen, die Strukturen beseitigen, die

soziale Ungleichheiten produzieren und reproduzieren (ob in Bezug auf Klasse, Geschlecht, Ethnizität, Migrationsstatus oder sexuelle Orientierung).

Nach einer detaillierten Analyse der Fachliteratur, unter Einbezug anderer Erfahrungen und sämtlicher von der Stadtverwaltung Saragossa in ihren verschiedenen Bereichen entwickelten Maßnahmen, die sich in das Konzept der Sorgearbeit einfügen, haben wir als Care-Politik all das identifiziert, was:

- von einem Gerechtigkeitsstandpunkt ausgeht (Umverteilung)
- das Gemeinschaftliche fördert
- in die folgenden sektorspezifischen Bereiche fällt:
 - Bildung
 - Gleichstellung, Transparenz, Partizipation, Pflegebedürftigkeit und Inklusion
 - qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, insbesondere für Care-Tätige
 - nachhaltige Mobilität
 - Gesundheit (persönlich und umweltbezogen)
 - angemessener Wohnraum

Die ermittelten Care-Maßnahmen werden in der Regel in Form von *Care-Dienstleistungen* (Kindertagesstätten, Altenheime, Sozialwohnungen ...) oder in anderen Fällen durch *Geldüberweisungen* umgesetzt (Wohngeld, Aragonesisches Eingliederungseinkommen [Ingreso Aragonés de Inserción], Abhängigkeitsgesetz [Ley de Dependencia] ...). Wir halten jedoch die Förderung der öffentlichen Care-Dienstleistungen gegenüber Transferleistungen für die vielversprechendere Option, da sie dazu beitragen, die Sorgearbeit zu entprivatisieren und aus dem häuslichen Bereich zu holen. Schließlich ist allgemein bekannt, dass Sorgearbeit, solange sie zu Hause stattfindet, auch weiter auf die Frauen zurückfallen wird.

Sobald die verschiedenen Care-Dienstleistungen, Programme oder Hilfen, die die Stadtverwaltung für die Bürger*innen bereitstellt, ermittelt sind, ist es für eine Bestandsaufnahme wichtig, diese anhand der folgenden Fragen zu untersuchen:

- Wer sind die «Begünstigten»?
- Wer hat das Recht, Sorgearbeit in Anspruch zu nehmen? (Zugangsbedingungen)
- Wie hoch ist die effektive Bedarfsdeckung?
- Welche Merkmale hat die Bereitstellung in Bezug auf Infrastruktur, Zeitpläne, Professionalisierungsgrad, Institutionalisierungsgrad?
- Welche Qualität hat die Dienstleistung?
- Kann sie die familiäre Sorgearbeit ersetzen?
- Inwieweit wirkt sie geschlechtsspezifischen Stereotypen entgegen oder verschärft diese?
- Inwieweit wirkt sie Einkommensungleichheiten entgegen oder verschärft diese?
- Inwieweit stellen die Arbeitsbedingungen der Care-Tätigen (der Kommune oder von kommunalen Subunternehmen) eine menschenwürdige Beschäftigung dar?

- Sind die Kosten für die Sorgearbeit gedeckt bzw. ist ein Mindesteinkommen garantiert?

Anhand dieser Fragen können einerseits die Merkmale der Bereitstellung von Sorgearbeit durch die Stadtverwaltung von Saragossa definiert und andererseits die Auswirkungen der Care-Politik auf die Verteilung der Verantwortung für die Sorgearbeit bewertet werden.

2.2.1 Aufstellung der kommunalen Maßnahmen

Datenerfassung:

- 12 Interviews mit Berater*innen der kommunalen Dezernate und Ämter und leitenden Fachkräften (neun Männer und vier Frauen). In den Interviews wurde deutlich, wie unterschiedlich die befragten Personen das Konzept der Sorgearbeit auffassten und wie weit ihre Vorstellungen von einer Care-Politik und Care-Maßnahmen auseinandergingen. Das unterstreicht die Notwendigkeit, die Debatte sowohl auf gesellschaftlicher als auch institutioneller Ebene auszuweiten.

- Internet, insbesondere die Website der Stadt

Es wurden 111 Akten als Bestand vorgefunden, die ebenso vielen kommunalen Maßnahmen entsprechen.

Eine der Einschränkungen dieser Phase hat mit der Tatsache zu tun, dass die beiden Personen, die die Studie durchführten, selbst nicht der Stadtverwaltung angehörten. So war zwar größere Objektivität möglich, doch fehlte es gleichzeitig an detaillierten Kenntnissen über die Institution. Eine weitere Schwierigkeit bestand zudem darin, dass sich die Bewertung auf kommunale Maßnahmen bezog, während die Sorgearbeit in Saragossa von zwei weiteren öffentlichen Verwaltungsebenen (der Regierung von Aragon und dem spanischen Staat) abhängt.

2.2.2 Das Gemeinschaftliche, ein viel diskutiertes Konzept

Das Konzept des Gemeinschaftlichen spielte in dieser Studie eine Schlüsselrolle. Ausgehend von der Vorstellung, dass soziale Probleme nicht auf individuelle Weise gelöst werden können und es notwendig ist, für kollektive Probleme kollektive Antworten zu entwickeln, wurden die folgenden Kriterien zur Abgrenzung eines gemeinschaftlichen Prozesses aufgestellt:

- die Partizipation, das Mitwirken und das Engagement der beteiligten Personen, eine proaktive (nicht passive) Einstellung ihrerseits und interne Praktiken gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit,
- Horizontalität und Demokratie in der internen Funktionsweise sowie die Fähigkeit und das Praktizieren von Autonomie und Selbstregulierung der Gruppe oder des Prozesses,
- ein geringes Maß an formeller Regulierung.

Die Ziele, die ein gemeinschaftlicher Prozess mindestens haben sollte, wurden wie folgt definiert:

- Empowerment der Gemeinschaft,
- Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder,
- Erreichen einer echten Inklusion in der Praxis.

2.2.3 Bewertung der kommunalen Maßnahmen

Bei der Bewertung der in dieser Studie erfassten Maßnahmen sticht der Bereich der *Sozialrechte* mit 23 Maßnahmen (21 Prozent der Gesamtzahl) besonders hervor. Dies ist nicht verwunderlich, da die Sozialrechte darauf abzielen, den Menschen ein Mindestmaß an wirtschaftlichen Voraussetzungen und Zugang zu den für ein menschenwürdiges Leben erforderlichen Gütern zu sichern. In Anbetracht der Tatsache, dass in unserer Gesellschaft ein hohes Maß an Ungleichheit herrscht und wir einen schwerwiegenden Care-Notstand erleben, liegt es auf der Hand, dass in diesem Bereich zahlreiche kommunale Maßnahmen ausgearbeitet wurden. Das beinhaltet eine bewusste Abkehr von der Fürsorgeperspektive und einen entschiedenen – wenn auch erst beginnenden – Einsatz für das Gemeinschaftliche, indem Prozesse der Selbstorganisation von Menschen bei der Entscheidung über ihren Care-Bedarf und entsprechende Lösungen gefördert wurden. Im Allgemeinen handelte es sich dabei um Maßnahmen, die sich an vulnerable oder von Ausgrenzung bedrohte Personen richteten: Abhängigkeitssituationen (häusliche Leistungen, Wohngemeinschaften für ältere Menschen usw.), ein kommunaler Plan zur Bekämpfung der Kinderarmut, ein Hilfsplan für Obdachlose, ein Plan für eine vielfältige und multikulturelle Gesellschaft usw. Einige der Maßnahmen wurden auch in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern durchgeführt, darunter den Ämtern für Wohnungswesen, Bildung und Integration bzw. Partizipation. Zudem wurden auch Maßnahmen formuliert, die sich an die Gesamtheit der Bürger*innen richteten wie zum Beispiel gemeinschaftliche Maßnahmen, eine Anlaufstelle für Bürger*innen und bewährte Praktiken, das Programm «ZGZ Ciudad Antirumores» zur Bekämpfung von Vorurteilen gegen Migration oder die Initiative «Salud en Red» zur Analyse der gemeinschaftlichen Strukturen in den Stadtteilen, was als äußerst positiv zu bewerten ist, da sich hier der Sorgearbeit als ein Recht genähert wird.

Das Amt für *Bildung und Inklusion* führte 17 Maßnahmen auf (15 Prozent der Gesamtzahl), darunter Strategiepläne für Gleichstellung und Jugend, breit angelegte Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zur Gleichstellung, die Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft, die Volkshochschule, beruflich-soziale Zentren und Kindergärten.

Das Amt für *Wohnungswesen und Sport* legte 14 Maßnahmen vor (13 Prozent der Gesamtzahl).

Einerseits waren das Fördermaßnahmen für soziale Inklusion und Gleichstellung im Sport und andererseits für den Zugang zu Wohnraum für stark benachteiligte Gruppen sowie die beginnende Förderung von gemeinschaftlichen Wohnungsbauinitiativen auf öffentlichen Grundstücken.

Im Dezernat für *Partizipation, Transparenz und Offene Regierung* wurden 12 Maßnahmen gezählt (11 Prozent der Gesamtzahl). Besonders hervorzuheben sind hier die umfassenden Pläne für den historischen Stadtkern (Casco Histórico) und den Stadtteil Oliver als integrale Care-Pläne für diese Stadtteile.

Das für die Örtliche Polizei zuständige Amt hat mit vier Maßnahmen (vier Prozent der Gesamtzahl) interessante Arbeitslinien initiiert, die darauf abzielen, die Genderperspektive bei der Polizei einzuführen und ihre Rolle als Instrument der öffentlichen Vermittlung und der Unterstützung für ältere Menschen zu stärken.

Das Dezernat für *Wirtschaft und Kultur* konzipierte zwölf Maßnahmen (elf Prozent der Gesamtzahl), die sich einerseits mit der Gleichberechtigung zwischen den Bürger*innen und der Stadtverwaltung in den wirtschaftlichen Beziehungen befassten und andererseits die Stärkung von Gemeinschaftskultur, kulturelle Demokratisierung und eine gendersensible sowie integrative Vision für das kulturelle Schaffen in den Vordergrund stellten.

Im Dezernat für *Stadtplanung und Nachhaltigkeit* wurden nur vier Maßnahmen vorgelegt (vier Prozent der Gesamtzahl), von denen einige jedoch von großer Bedeutung sind, darunter die Strategie für eine Integrierte Nachhaltige Stadtentwicklung (Estrategia de Desarrollo Urbano Sostenible Integrado, EDUSI) und Nachbarschaftspläne für Stadtteile nach Kriterien wie Partizipation und nachhaltiger Mobilität. Andere Maßnahmen befinden sich noch in der Anfangsphase, darunter eine Gebrauchsüberlassung von öffentlichem Grund und Boden, oder sind konkreter Natur, wie beispielsweise die Beseitigung von Barrieren.

Das Amt für *Umwelt und Mobilität* initiierte zwölf Maßnahmen (elf Prozent der Gesamtzahl). Diese förderten nachhaltige Mobilität sowie Bildungsmaßnahmen und gemeinschaftliche Projekte für Schulwege und die Parkverwaltung.

Das Dezernat für Öffentliche Dienste und Personal leitete acht Maßnahmen ein (sieben Prozent der Gesamtzahl), von denen sich einige an das städtische Personal richten (Pläne zur Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Handbuch zu Belästigung und Gesundheit am Arbeitsplatz), andere an die Dienste für die Bürger*innen (wie Katastrophenschutz oder Feuerwehr), während wieder andere die Aufnahme von Sozial- und Gleichstellungsklauseln in das öffentliche Auftragswesen vorsahen.

Darüber hinaus gab es vier bereichsübergreifende Maßnahmen, die auf die Verbesserung der kommu-

nenalen Transparenz und der Arbeitsbedingungen für das Personal der Institution abzielten, sowie 18 Maßnahmen, die sich aus der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ämtern ergaben.

Da sie die meisten der in der Bestandsaufnahme genannten Kriterien erfüllen, können drei Maßnahmen strategischer Art im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung der Sorgearbeit besonders hervorgehoben werden: der Integrale Plan für den Historischen Stadtkern (Plan Integral del Casco Histórico), der Gleichstellungsplan (Plan de Igualdad) und der Jugendplan (Plan Joven).

Was die *begünstigten Personen* der Maßnahmen angeht, richten sich 46 Maßnahmen (41 Prozent) an ganze Nachbarschaften, 16 an Frauen, 15 an Kinder und Jugendliche, eine an benachteiligte oder von sozioökonomischer Ausgrenzung bedrohte Gruppen, 13 an ältere Menschen, acht an das städtische Personal, fünf an Menschen mit Behinderung, vier an Migrant*innen und kulturelle Minderheiten, drei an Unternehmen und Fachleute, zwei an Obdachlose und eine an das LGBTI-Kollektiv.

Die Auswertung berücksichtigte auch das *Ausmaß der Auslagerung* städtischer Maßnahmen im Bereich Sorgearbeit. Obwohl die meisten Maßnahmen mit kommunalen Mitteln durchgeführt und nur wenige ausgelagert wurden, verwalteten herkömmliche gewinnorientierte Unternehmen die beiden Maßnahmen mit dem höchsten Budget und den umfangreichsten sozialen Auswirkungen (häusliche Dienstleistungen und Freizeitangebote).

Was die *Berücksichtigung der Sichtweise von Begünstigten* angeht, so wird dieses Ziel nur bei einem Drittel aller Maßnahmen in die Praxis umgesetzt.

In Bezug auf die *ungleiche Bereitstellung von Sorgearbeit* zeigen die erfassten Daten, dass mindestens 22 Maßnahmen (von den insgesamt 111 erfassten Maßnahmen) zur Verringerung der bestehenden Ungleichheit auf der Achse der «Art des Trägers» beitragen, die zwischen Familie, öffentlichen/gemeinschaftlichem Sektor und kapitalistischem Markt differenziert, und damit eine Achse der Macht bzw. Klassendiskriminierung darstellt. Nur drei Maßnahmen verhalfen unterdessen zur Verringerung von Ungleichheit auf der Achse «Geschlecht». Angesichts der gender- und klassenbedingten Ungleichheit bei der Bereitstellung von Sorgearbeit in unserer Gesellschaft verweist der Bericht darauf, beide Perspektiven im Hinblick auf ein zweifaches Ziel zu kombinieren. Einerseits geht es um die Priorisierung des öffentlichen und gemeinschaftlichen Bereichs gegenüber dem Markt und der Familie bei der Bereitstellung von Sorgearbeit, sofern gewährleistet ist, dass die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit nach Geschlecht nicht verstärkt wird. Andererseits muss Sorgearbeit im familiären Umfeld Unterstützung finden, sofern die persönlichen Umstände

von Care-Tätigen nicht beeinträchtigt werden. Dafür ist es erforderlich, die Care-Tätigen ausreichend zu entschädigen und den Wert und die soziale Anerkennung dieser Sorgearbeiten sowohl auf symbolischer Ebene als auch in materieller Hinsicht zu erhöhen.

Schließlich ist festzustellen, dass nur 20 Prozent der insgesamt erfassten Vorgänge als Maßnahmen erachtet werden können, die das *Gemeinschaftliche fördern*, und gerade einmal 15 Prozent von ihnen eine *Gleichstellungsperspektive* berücksichtigen.

2.2.4 Empfehlungen

Der vorliegende Bericht möchte abschließend eine Reihe von Empfehlungen für die zukünftigen kommunalen Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung der Vision von Sorgearbeit geben:

- die weitere parallele und synergetische Arbeit sowohl am enger als auch am weiter gefassten Konzept der Sorgearbeit,
- die Verankerung der Care-Perspektive im Handeln aller kommunalen Dezernate und Ämter,
- die Erhöhung des Anteils der Projekte, die das Gemeinschaftliche fördern und Gleichstellungskriterien berücksichtigen,
- das Ermöglichen einer Kontinuität bestehender ganzheitlicher Care-Projekte und die erleichterte Entwicklung neuer Projekte wie der integralen Nachbarschaftspläne, des Gleichstellungsplans, des Jugendplans und gegebenenfalls eines Plans für ältere Menschen (Plan para las Personas Mayores),
- die fortwährende Einbeziehung von Verfahren, die bei der Planung, Durchführung und Bewertung von Projekten die Sichtweise der Begünstigten berücksichtigen, beziehungsweise diese im Idealfall bereits als Ausgangspunkt der Maßnahmengestaltung nutzen.

Zur Reduzierung der aktuell bestehenden ungleichen Bereitstellung von Sorgearbeit eignen sich Maßnahmen, die eine Versorgung durch den kapitalistischen Markt oder ein familiäres Umfeld, dem es an notwendiger Unterstützung fehlt, verringern:

- wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen für Care-Tätige im familiären Bereich,
- Unterstützung oder die Möglichkeit einer gelegentlichen Kurzzeitablösung für Care-Tätige im familiären Bereich,
- Förderung genossenschaftlicher Formate im Bereich des Wohnens und der Dienstleistungen für ältere Menschen,
- Maßnahmen, die das konkrete Ziel verfolgen, die ungleiche Bereitstellung von Sorgearbeit entlang der Geschlechterachse zu verringern und somit die Mitverantwortung der männlichen Bevölkerung bei der reproduktiven Arbeit zu fördern (wie die Kampagnen «Los cuidados no se improvisan» [Sorgearbeit ist nicht improvisiert] der Stadtverwaltung von

Madrid oder «Cuida a quien te cuida» [Sorge für diejenigen, die für dich sorgen] der Stadtverwaltung von Barcelona),

- Beiträge auf kommunaler Ebene zu einem möglichen universellen Grundeinkommen.

Außerdem lassen sich die folgenden zwei ehrgeizigen Maßnahmen mit einer ähnlichen Ausrichtung empfehlen:

- die Schaffung von mehr Betreuungsleistungen für Kinder und ältere Menschen, insbesondere kommunale Kindergärten für Null- bis Dreijährige, sowie Projekte, die sich speziell an ältere und vor allem an allein lebende Menschen richten,
- die Entprivatisierung der kommunalen Hauspflege- und Freizeitdienste mit dem Ziel, dass der öffentliche Sektor und die Gemeinschaft stärker in diese Art der Bereitstellung von Sorgearbeit einbezogen werden.

3 SCHLUSSBETRACHTUNGEN

3.1 LIMITIERUNGEN

Bevor wir zu den Schlussfolgerungen aus diesem innovativen Projekt kommen, dessen Anliegen es war, die Nachhaltigkeit des gemeinsamen Lebens in den Mittelpunkt des politischen Handelns der Stadtverwaltung von Saragossa zu stellen, sollen zunächst die wichtigsten Schwierigkeiten und Widerstände aufgezeigt werden, die im Zuge der Umsetzung aufgetreten sind.

- Die Plattform Zaragoza en Común regierte die Stadt in einer Minderheitsregierung. Sie konnte, was die Umsetzung einer transformativen Politik anging, nicht auf die Unterstützung der anderen linken Fraktionen, der PSOE und der Chunta Aragonesa, zählen.
- Ein Teil der Stadträt*innen, das technische Personal der Stadtverwaltung, die öffentlichen Angestellten im Allgemeinen und die Gesellschaft von Saragossa insgesamt waren mit den von uns verwendeten Konzepten nicht vertraut. Der Paradigmenwechsel, mit dem wir die Nachhaltigkeit des Lebens in den Mittelpunkt stellen wollten, wurde weder als gesellschaftliche Notwendigkeit empfunden noch war sein transformatives Potenzial für die Mehrheit erkennbar. Die Auseinandersetzung war somit erst der Beginn einer Vertiefung des Themas.
- Die Tatsache, dass die Regierung 2019 nicht erneut bestätigt wurde, hat verhindert, dass die begonnene Arbeit auf institutioneller Ebene fortgeführt und das Projekt abgeschlossen werden konnte. Das Projekt wurde 2017 ins Leben gerufen und die in diesem Bericht beschriebenen Maßnahmen wurden 2018 durchgeführt. Das Jahr 2019 war dann bereits der Bilanz gewidmet und durch den Wahlprozess geprägt, da die Wahlen im Mai stattfanden – mit dem Ergebnis, dass Saragossa eine rechte Regierung bekam, die sich dem Abbau der öffentlichen Sozialleistungen verschrieben hat.
- Sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Umsetzung der genannten Maßnahmen fehlte eine stabile Beziehung zur feministischen Bewegung der Stadt. Dass wir als Initiatorinnen des Projekts ein aktiver Teil der Bewegung sind, hat sich durchaus positiv ausgewirkt. Dennoch ist eine kontinuierliche, fruchtbare Kommunikation und Diskussion zwischen einer politischen Plattform und einer sozialen Bewegung wie der feministischen, deren Autonomie gegenüber den Institutionen für die eigene Wirksamkeit von entscheidender Bedeutung ist, nicht immer zu gewährleisten. Es wäre wichtig, Räume der Begegnung zu eröffnen, in denen wir gemeinsam, ohne Angst vor einer politischen Vereinnahmung der Bewegung, über diese seit langem bestehenden Fragen nachdenken kön-

nen und die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, den aus der Bewegung hervorgehenden Überlegungen und Forderungen zuzuhören und entgegenzukommen.

- Der Begriff *Sorgearbeit* läuft bei seiner Übersetzung in öffentliche Politik Gefahr, seine herausfordernde Konfliktdimension gegenüber dem gegenwärtigen neoliberalen, umweltfeindlichen, heteropatriarchalen und rassistischen System einzubüßen. Denn der Begriff leidet an einer gewissen lähmenden Unbestimmtheit, da er sich auf nahezu die gesamte Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion bezieht. Letztlich werfen wir sehr unterschiedliche Aspekte der sozialen Realität in einen Topf, die möglicherweise differenzierter benannt werden sollten. Wir fragen uns daher, ob es nicht praktischer wäre, den Begriff *Sorgearbeit* nur in seinem engeren Sinne (Pflegebedürftigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kinderbetreuung) zu verwenden, wenn wir uns auf öffentliche Maßnahmen beziehen.
- Aufgrund der mangelnden Kontinuität des Projekts blieb nicht genügend Zeit dafür, aufzugreifen, inwieweit die Lokalpolitik in der Lage ist, gemeinschaftliche Räume der Sorgearbeit zu definieren und zu fördern.

3.2 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Projekt «Saragossa als Sorgende Stadt» hat versucht, zur Beantwortung der Frage beizutragen, welche öffentlichen Maßnahmen sich eignen, um die Sorge für ein gemeinschaftliches Leben in den Mittelpunkt zu stellen und die transformative Kraft der Sorgearbeit zu nutzen. Ganz ohne Zweifel müssen diese öffentlichen Maßnahmen in ihrem Care-Ansatz sowohl reformistische Aspekte enthalten als auch mit dem Bestehenden brechen. In der politischen Praxis der municipalistischen Plattform Zaragoza en Común existieren tatsächlich zwei notwendige und sich ergänzende feministische politische Strömungen nebeneinander. Die erste steht mit einem eher traditionellen/institutionellen Feminismus in Verbindung, der sich der Gleichstellung von Männern und Frauen widmet und in einer Reihe von politischen Bereichen branchenspezifisch berücksichtigt wird. Die zweite Strömung versucht, ausgehend von der feministischen Ökonomie die Nachhaltigkeit des gemeinschaftlichen Lebens in den Mittelpunkt zu stellen. Dafür schlägt sie eine Neuausrichtung der derzeitigen gesellschaftlichen Organisation der Sorgearbeit vor. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Ansätze bringen die beiden Strömungen verschiedene Arten von Maßnahmen auf.

Das Projekt «Saragossa als Sorgende Stadt» ist der zweiten Strömung zuzuordnen, da es ein klares Bekenntnis zu einem feministischen Wandel darstellt, der über die Gleichstellung der Geschlechter hinausreicht. Das ist auch die wichtigste Innovation, die wir dem Projekt aus feministischer Sicht zuschreiben können. Wir betonen das, weil es offenkundig eine notwendige strukturelle Anpassung erfordert, wenn die Sorge für das gemeinschaftliche Leben in den Mittelpunkt der öffentlichen Politik gestellt werden soll. Diese strukturelle Anpassung umfasst nicht mehr und nicht weniger, als das sozioökonomische System in den Dienst des Lebens zu stellen.

Um diese strukturelle Anpassung, die die Sorgearbeit als tragende Achse einer zentralen öffentlichen Verantwortung einführt, vorzunehmen, muss es eine Wende in der öffentlichen Politik insgesamt geben. Insbesondere gilt dies für die Wirtschaftspolitik (stärkere Umverteilung und eine tiefgreifende und progressive Steuerreform), damit der Sorge für das Leben ausreichende Mittel zur Verfügung stehen und das derzeitige Care-Defizit beseitigt werden kann. Ausgehend von den Schlussfolgerungen der Tagungen und der im Rahmen von «Saragossa als Sorgende Stadt» durchgeführten Studien sollte dieser Wandel bzw. die Anpassung in die folgende Richtung weisen:

- Die Bedürfnisse aller Menschen (insbesondere der am stärksten gefährdeten) sollten im Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stehen, wobei die Befriedigung der Grundbedürfnisse garantiert und das Wohlergehen aller Bürger*innen angestrebt wird.
- Alle Menschen sollten das Recht auf Zugang zu angemessenen und hochwertigen Care-Leistungen haben, ohne auf den Markt zurückgreifen zu müssen.
- Da es kein einheitliches, allgemeingültiges Modell für die Bereitstellung von Sorgearbeit gibt, sollte ihre Vielfalt berücksichtigt werden. Es ist wichtig, dass Menschen selbst entscheiden können, auf welche Weise sie Sorgearbeit erhalten wollen.
- Sorgearbeit muss immer mit Gleichberechtigung, sozialer Gerechtigkeit und der Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen einhergehen, damit diese besser auf die Bedürfnisse der Bürger*innen eingehen und gemeinschaftliche Praktiken stärken können.
- Bei der Bereitstellung von Sorgearbeit sollte die Logik des Öffentlich-Privaten zugunsten einer Logik des Öffentlich-Gemeinschaftlichen ersetzt werden, indem der öffentliche Sektor eine größere

Mitverantwortung für die Sorgearbeit übernimmt und gemeinschaftliche Initiativen erleichtert.

- Es muss berücksichtigt werden, dass wir von der Umwelt abhängig sind (Ökodespendenz) und sie respektieren müssen.
- Wenn wir von Interdependenz und nicht von Abhängigkeit oder Pflegebedürftigkeit sprechen, erkennen wir an, dass Sorgearbeit eine gemeinsame Verantwortung darstellt, die Menschen nicht in ungleiche Positionen bringt. Die Interdependenz verweist auf Beziehungen gegenseitiger Hilfe, eine horizontale Sorgearbeit und die Zusammenarbeit bei der Bewältigung des Sorgebedarfs.
- Eine Wertschätzung von Sorgearbeit bedeutet auch, aufzuzeigen, dass die für die Aufrechterhaltung des Lebens gesellschaftlich unverzichtbare Sorgearbeit die am wenigsten wertgeschätzte, am schlechtesten bezahlte, am stärksten feminisierte und rassifizierte Arbeit ist, und in der Konsequenz ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Die materiellen Lebensbedingungen in der Stadt (Begegnungs- und Beziehungsräume, angemessener Wohnraum) und die immateriellen Bedingungen (gegenseitige Hilfe, Commons, Konfliktmediation) sollten verbessert werden.
- Der Arbeitstag sollte verkürzt werden, um mehr Zeit für die Sorgearbeit aufwenden zu können.

Von den vorgeschlagenen Ideen sind einige kurzfristig leichter umsetzbar als andere. Zu den Lehren aus diesem Projekt gehört jedoch zweifellos auch, dass wir ohne Paradigmenwechsel niemals in der Lage sein werden, die Nachhaltigkeit des Lebens in den Mittelpunkt der öffentlichen Politik zu stellen – sei es auch noch so schwer, das Konzept der Sorgearbeit in der ganzen Bandbreite seiner Bedeutungen den Verwaltungsmitarbeiter*innen, Politiker*innen und Bürger*innen zu vermitteln. Um diesen notwendigen Transformationsprozess einzuleiten, möchten wir gleichwohl noch einmal die drei Achsen in Erinnerung rufen, die unserer Meinung nach grundlegend sind, um weiter über eine öffentliche Kommunalpolitik nachzudenken, die das Wohlergehen aller Menschen in den Vordergrund stellt:

- die Berücksichtigung der Achsen Geschlecht, Ethnizität und Klasse,
- der Ansatz, die Sorgearbeit aus dem familiären Bereich zu lösen,
- die aktive Förderung der Durchführung von gemeinschaftlichen Projekten, wobei die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Gemeinschaft angestrebt wird und die Privatisierung von Care-Leistungen abzulehnen ist.

LITERATUR

Abasolo, Olga (2010): DIALOG: Mari Luz Esteban und Isabel Otxoa. El debate feminista en torno al concepto de cuidados, in: CIP-Ecosocial – Boletín ECOS 10, S. 1–9.

Bodelón, Encarna (2010): Leyes de igualdad en Europa y transformaciones de la ciudadanía, in: Heim, Daniela/Bodelón, Encarna (Hrsg.): Género, Derecho e Igualdad. Cambios en las estructuras jurídicas androcéntricas, Barcelona, S. 9–27.

Comas-d'Argemir, Dolors (2017): El don y la reciprocidad tienen género: las bases morales de los cuidados, in: QuAderns-e de Institut Català d'Antropologia 22 (2), S. 17–32.

D'Alisa, Giacomo (2013): Bienes comunes: las estructuras que conectan, in: Ecología Política 45, S. 30–41.

Esquivel, Valeria (2015): El cuidado: de concepto analítico a agenda política, in: Nueva sociedad 256, S. 63–74.

Esteban, Mari Luz (2017): Los cuidados, un concepto central en la teoría feminista: aportaciones, riesgos y diálogos con la antropología, in: QuAderns-e de Institut Català d'Antropologia 22 (2), S. 33–48.

Ezquerro, Sandra (2014): El género en el corazón de la crisis: hacia los cuidados como bien común, in: XIV Jornadas de Economía Crítica, Valladolid, S. 29–43.

Fraser, Nancy (1995): ¿De la Redistribución al Reconocimiento? Dilemas de la Justicia en una Era «Postsocialista», *New Left Review* 212, S. 82–97.

Lleó Fernández, Rocío/Santillán Idoate, Cristina/López Gil, Silvia/Pérez Orozco, Amaia. (2012): Cuadernos de debate feminista: II. Cuidados. Donostia: Diputación Foral de Gipuzkoa. Órgano para la Igualdad de Mujeres y Hombres.

Pautassi, Laura (2007): El cuidado como cuestión social desde un enfoque de derechos. Vereinte Nationen, CEPAL. Unidad Mujer y Desarrollo, Santiago de Chile.

Pérez Orozco, Amaia (2021a): Una política de cuidados para poner la vida colectiva en el centro, unter: https://www.eldiario.es/opinion/zona-critica/politica-cuidados-poner-vida-colectiva-centro_129_6514083.html.

Pérez Orozco, Amaia (2021b): Un diálogo entre la sostenibilidad de la vida, los cuidados y la reproducción social. Online-Kurs «Feminismos trabajos y reproducción social». Viento Sur, unter: <https://vientosur.info/curso-on-line-feminismos-trabajos-y-reproduccion-social/>.

Pisarello, Gerardo (2007): Los derechos sociales y sus garantías, Madrid.

Rendueles, César (2013): Sociofobia. El cambio político en la era de la utopía digital, Madrid.

TANGENTE Grupo Cooperativo (2015): Zaragoza: hacia un modelo de ciudad cuidadora. Estudio sobre la Organización Social de los Cuidados en el municipio de Zaragoza: Ayuntamiento de Zaragoza, unter: <http://www.zaragoza.es/contenidos/mujer/Zaragoza-ciudad-cuidadora.pdf>.

Vega-Solís, Cristina/Martínez-Buján, Raquel (2017): Explorando el lugar de lo comunitario en los estudios de género sobre sostenibilidad, reproducción y cuidados, in: QuAderns-e de Institut Català d'Antropologia 22 (2), S. 65–81.